

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungssicht.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart. Rötsstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgesetzte Koloniezeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark
Geschäftsanzeige sind keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
550000
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Der Organisationszwang und seine Bedeutung im modernen Wirtschaftsleben.

III.

Ohne Zweifel haben die Unternehmerkartelle nach verschiedenen Richtungen hin die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse der Gegenwart wesentlich beeinflusst. Ob dieser Einfluss ein günstiger oder ein ungünstiger gewesen ist, darüber gehen natürlich die Meinungen weit auseinander. Wir wollen uns in diesen Streit nicht mischen, sondern nur rein referierend wollen wir die Wirkungen der Kartelle schreiben.

In vollständigem Bezug haben die Kartelle die schrankenlose Konkurrenz, den Kampf aller gegen alle, ganz bedeutend eingeschränkt und dadurch zur Ersparung der Kosten dieses Wettbewerbs beigetragen. Durch den Zusammenschluß der verschiedenen Einzelbetriebe zu einem Kartell wird ersatzgemäß ein großer Teil der bisherigen Unkosten für Zeitungssannen, Reisen, Bureaupersonal, Verkaufsräume u. s. w. gespart, wenn auch nicht zu erkennen ist, daß auch neue, bisher unbekannte Ausgaben entstehen. Ferner hat die Kartellierung den Konzentrationsprozeß des Kapitals, das Zusammenballen der kleinen Kapitale zu großen, beschleunigt und gefördert und dadurch das Übergewicht der Großkapitalisten über die Kleinkapitalisten zu einem dauernden gemacht. In diesem Sinne könnte man sie eine Voraussetzung des Sozialismus nennen. Die sichtbarste Wirkung der Kartelle im Gebiete der Volkswirtschaft ist aber die Tatsache, daß sie das laufende Publikum fast völlig in ihre Gewalt bekommen haben und dadurch zu einer Versteuerung der Waren beitragen. Aus diesem Grunde besonders sind sie in den weitesten Kreisen unbeliebt, wenn nicht gar verhafat.

In soziater Beziehung hat sich infolge des Kartellzwangs eine soziale Moral entwickelt, die als eine Doppelmorale zu bezeichnen ist. Die kartellierten Unternehmer, die untereinander manchmal die schärfste Konkurrenz treiben, haben trotzdem ein gewisses Organisationsgefühl, das sie antreibt, gegen die Außenstalter ein Verfahren einzuschlagen, das sie gegen die Kartellgenossen nicht anwenden würden. Die völlige Vernichtung des Außenstatters ohne Rücksicht auf seine Person oder seine Familie halten sie nicht nur für erlaubt, sondern sogar für geboten. Doch man einen Außenstatter zu Tode konkurriert, erscheint ihnen als eine moralische Pflicht, einem Kartellgenossen gegenüber würde man ein solches Verfahren als unmoralisch brandmarken. Diese Tatsache wirkt ein eigenartiges Licht auf die stille Entrüstung der Scharfmacher über den wirtschaftlichen Terrorismus.

Von besonderer Bedeutung ist der Einfluß, den das Kartellwesen auf die bestehende Rechtsordnung ausgeübt hat. Das Recht ist ja nicht etwas Feste, Starres, Unabänderliches, sondern es verändert sich, wenn sich die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ändern. Diese Veränderung tritt auf dem Gebiete des Kartellwesens immer deutlicher zutage. Zunächst drängt sich uns die Bedrohung auf, daß sich in den Kartellen ganz neue Machtkörper innerhalb des Staates bilden, die sich staatliche Funktionen oneignen. Jahrhunderte lang fühlte sich der Staat als der Träger der Macht und der Vollstrecker des Rechts, nun aber entsteht ihm ein Rivale, der immer mehr an Macht gewinnt und mit frecher Hand in die Hoheitsrechte des Staates eingreift. Neben der Staatsmacht erhält sich die Macht der Kartelle. Und diese Macht wird rücksichtslos ausgeübt, wobei der Staat einfach ausgeschaltet wird. Der moderne Staat fühlt diese unheimliche Macht und er wehrt sich dagegen, wofür die erbitterten Kämpfe zwischen der Staatsgewalt und den Kartellen in Amerika die Beweise erbringen. Die Kartelle haben das Bestreben, ihr Tun und Lassen der staatlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen und für ihre Mitglieder eine eigene Gerichtsbarkeit zu schaffen. Die Streitigkeiten innerhalb eines Kartells sollen nicht vor den ordentlichen Gerichten ausgetragen und die Urteile sollen nicht durch die staatlichen Organe vollstreckt werden, man will vielmehr selbst Richter und Vollstrecker sein. Dieses Verfahren erinnert sehr an die heilige Rom, die den Staat nicht gebrauchte, sondern die selbst Recht sprach. Nur in Notfällen, wenn die eigenen Schiedsgerichte versagen, wird die Hilfe des Staates angerufen.

Es liegt im Wesen der Kartelle begründet, daß sie einen starken Druck ausüben auf die freie Willensentschließung des einzelnen, sei es auf den Willen des Mitgliedes, des Außenstatters oder des Arbeitnehmers. Dieser Druck ist an und für sich nicht unbedingt, denn unser gesamtes wirtschaftliche, soziales und politisches Leben vollzieht sich unter Druck und Gegendruck, und nur weitstremde Illusionäre können, daß die Freiheit die Grundlage der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sei. Unberechtigt aber wird er, wenn er zu stark wird oder wenn er in Gebiete eingreift, die ihrer Natur nach der Freiheit bedürfen. Und hier zeigt sich nun, daß der Kartellzwang darauf ausgeht, den Bogen zu überspannen und den ganzen Menschen einzuzwingen und einzuzwingen. Jede Macht hat die Tendenz in sich, übermäßig zu werden, und so sehen wir auch hier, daß die starken Kartelle am liebsten das ganze Wirtschaftsleben ihrem Willen unterwerfen und jede freiheitliche Regung unterdrücken möchten. Dadurch werden natürlich Gegenströmungen ausgelöst — Druck erzeugt Gegendruck! — und in der Tat macht sich der Widerstand gegen den Kartellzwang deutlich bemerkbar. Man spricht von Nötigung und Erpressung, man protestiert gegen den Terrorismus der Kartelle und

sfordert vom Staat, daß er den einzelnen, der seine Freiheit nicht aufgeben will, gegen diesen Terrorismus schütze. Es wird die Frage aufgeworfen, ob denn der Staat ruhig zusehen darf, daß die Kartelle Kampfmittel anwenden, die an das Scharbengericht in den alten griechischen Staaten oder an die Bannfläche der mittelalterlichen Päpste erinnern. Und man bestreitet, daß ein Kartell das Recht habe, einen unbedeutenen Gegner wirtschaftlich zugrunde zu richten und geschäftsmäßig zu töten.

Auch in das Gebiet der Vertragsfreiheit, der Grundlage unserer heutigen Rechtsordnung, greift das Kartellwesen ein. Das moderne Recht gewährt jedem mündigen Menschen die Freiheit, mit anderen einen Vertrag abzuschließen, und es schützt diesen Vertrag, sofern er nicht gegen Gesetzespräzessien oder gegen die guten Sitten verstößt. Die Kartelle bemühen sich, diese Freiheit wesentlich zu beschränken, wenn nicht völlig zu beseitigen, indem sie ein Abhängigkeitsverhältnis erstreben, das die Vertragsfreiheit ausschließt. Ein solches Streben läßt sich mit dem heute noch geltenden Recht nicht vereinbaren. Wenn ein Unternehmer oder ein Händler, um mehr zu verdienen, auf sein freies Selbstbestimmungsrecht verzichtet, wenn er — um eine dichterische Redensart anzutreffen — des schönen Mammons wegen das Erfgeburtsrecht seiner Freiheit auf dem Altar des Kapitalismus zum Opfer bringt, so ist das nicht nur seine persönliche Angelegenheit, sondern es ist auch eine Sache, die die Allgemeinheit und den Staat interessiert. Die Gewerbefreiheit und die freie Konkurrenz, die unsere Wirtschaft dem Staat in harten Ringen abgetreten haben, wird durch die Kartelle, wenn es nach ihrem Willen ginge, hinfällig, und auch die Freiheit der Käufer, zu kaufen, wo und von wen und zu welchen Preisen man will, wird illusorisch gemacht. Selbstverständlich macht sich auch hier eine Reaktion bemerkbar, die den Staat verpflichtet will, die bestehende Rechtsordnung zu schützen. Umgekehrt ist auch eine starke Strömung vorhanden, die eine Anpassung des bisherigen Rechts an die Entwicklung und Neugestaltung des Wirtschaftslebens fordert. So befindet sich denn der moderne Staat tatsächlich in einer Brodmühle, was in den Widersprüchen und gegenständlichen Urteilen der Rechtsprechung deutlich zum Ausdruck kommt.

Vielleicht nirgendwo so sehr, wie im Gebiete des modernen Rechts gewinnt man den Eindruck, daß wir in einer Übergangsperiode leben, in der sich eine „Umwertung aller Werte“, wie Nietzsche sagt, vollzieht. Neue Wirtschaftsgebilde erzeugen eben, was man gar nicht genug wiederholen kann, neue Moralsbegriffe und neue Rechtsanschauungen.

Die Schwierigkeiten, die sich dem modernen Staat als einem Rechtsstaate auf dem Gebiete des Kartellwesens entgegenstellen, sind manngültig. In einer Gesellschaft, die so von Interessengegensätzen zerstört ist, wie die kapitalistische, kann es der Staat beim besten Willen nicht jedem rechtmachen. Hierzu erklärt es sich, daß jedes Urteil, das gefällt wird, sei es im Bereiche des Strafrechts oder des Zivilrechts, von der Gegenseite als Fehlurteil bezeichnet wird. Wo der eine einen ungesehlichen Zwang sieht und nach dem Strafrichter oder Zivilrichter schreit, da pocht der andere auf sein gutes Recht und schreit jenem die Schuld in die Schuhe. Dieses Gebot ist ja so verwidert und verzweigt, daß ihm mit allgemeinen Rechtsgrundzügen nicht folgen kann. Was in dem einen Falle zu billigen ist, das muß in einem andern Falle bestraft werden, so daß hier der Satz: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“ nicht als Sohn Klingt, sondern als Richtsprinzip für unser Urteil dienen muß. Der Zwiespalt zwischen dem bestehenden Recht und dem neuen, das sich durchdringen will, bringt es mit sich, daß die Erfolge des Staates gegenüber dem Kartellwesen so gering sind und daß auch in absehbare Zeit noch auf keine Erfolge zu hoffen ist.

Das Verbot der industriellen Nacharbeit der Männer.

II.

Stimmt ausführlich berichtet über die Nacharbeit die Berliner Fabrikinspektion. Man erfährt da, daß von den beiden Messingwerken des Bezirks das eine in dreischichtigem, das andere in zweischichtigem Betriebe arbeitet. In jenem wechselt die Schicht um 6 Uhr morgens, 2 Uhr nachmittags und 10 Uhr abends, in diesem um 6 Uhr morgens und 6 Uhr abends. Schichtwechsel erfolgt in den beiden Werken am Sonntag, wenn der Betrieb ruht. In einer Maschinenfabrik wird regelmäßig ein Arbeiter von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens mit der Bedienung der Tempern beschäftigt. In einer andern werden von den mehr als 1300 Arbeitern durchschnittlich 130 zur Nacharbeit herangezogen. 20 von ihnen arbeiten von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, 110 von 3 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts. Ihre Tätigkeit besteht in der Unterhaltung des Feuers im Hammerwerk und in Herstellung- und Reparaturarbeiten, vornehmlich an Werkzeugmaschinen.

Die Fabriken für elektrische Maschinen und Apparate haben ebenfalls zum Teil regelmäßige Nacharbeit eingeführt. Einseitig geschieht dies, bemerkt der Bericht erklärend dazu, wegen des fortwährenden starken Arbeitsandranges und zur besseren Ausnutzung der Betriebsseinrichtungen, andernteils ist die Nacharbeit auch aus betriebstechnischen Gründen geboten, weil gewisse Abteilungen eine Unterbrechung des Betriebs nicht zulassen. Vielleicht ist auch hier dreischichtiger Betrieb eingeschürt, jedoch bleibt die Stärke der eigentlichen Nachschicht — von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens — in der Regel beträchtlich hinter der der beiden anderen Schichten zurück. So schwankte in der größten Maschinenfabrik dieser Art, wo etwa 1100 Arbeiter tätig sind, die Stärke der Nachschicht erforderlich macht.

im Durchschnitt von 860 bis 1050 Mann und in der Apparaturbaubranche derselben Firma waren von etwa 7000 Arbeitern meist nur 70 von 2 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends und etwa 30 von 3 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts beschäftigt. Eine Werkzeugmaschinenfabrik zieht etwa ein Drittel ihrer 230 Arbeiter von 3 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts zur Arbeit heran. Dehnlich liegen die Verhältnisse in mehreren kleineren Betrieben der Maschinenindustrie.

Regelmäßige Nacharbeit findet ferner in den Anlagen zur Erzeugung und Formung von elektrischem Strom statt. In den Stromerzeugungsanlagen ist zum Teil zwei-, zum Teil drei- und vereinzelt auch vierstufiger Betrieb eingeführt. Bei zweistufigem Betrieb umfaßt die eigentliche Nachschicht entweder die Zeit von 6 Uhr abends bis 4 Uhr morgens oder von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens. Bei dreistufigem Betrieb findet entweder um 6 Uhr morgens, 2 Uhr mittags und 10 Uhr abends Schichtwechsel statt, oder die Schichten überschneiden sich zum Teil und dauern dann in den meisten Fällen von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr abends und von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens. Dehnlich ist die Regelung bei vierstufigem Betrieb, bei dem die einzelnen Schichten von 6 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags, von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr abends, von 2 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts und von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens Dienst haben. In den Umspannstationen herrscht der dreistufige Betrieb vor; auch hier greifen die einzelnen Schichten zum Teil ineinander über. Wie viele Arbeiter an diesen verschiedenen Schichtwechseln beteiligt sind, wird nicht mitgeteilt. Lediglich aus wirtschaftlichen Grünen, nämlich um die Oesen besser auszunützen und mehr zu schonen, als es bei bloßem Tagesbetrieb und der damit verbundenen zeitweiligen Ablösung der Oesen möglich wäre, unterhält ein Elektrowerk regelmäßigen Nachbetrieb. Es hat zu diesem Zweck dreistufigen Betrieb eingeführt. Die eigentliche Nachschicht arbeitet von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und es sind daran 15 Arbeiter beteiligt.

Bisher gehende Nacharbeit infolge zeitweiligen Arbeitsausfall, also aus rein wirtschaftlichen Gründen, sind im Berichtsjahr in einer ganzen Reihe von Betrieben statt. Vornehmlich handelt es sich dabei um solche Anlagen, in denen die Maschinenarbeit vorherrscht oder doch die Grundlage der Fabrikation bildet und wo infolgedessen eine Mehrleistung nicht anders erreicht werden kann als durch Ausnutzung der vorhandenen Maschinen in zwei oder mehr Schichten. So arbeitete eine Waffenschmiedefabrik ein halbes Jahr lang mit je 150 Wöhren und Stanzern in zwei Nachschichten, deren eine um 7 Uhr abends begann und um 2½ Uhr nachts endete und deren andere anschließend bis 10 Uhr vormittags traf. In einer Waffenfabrik wurden zwei Monate hindurch 40 Arbeiter von 4 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts beschäftigt. Eine Fabrik für Elektrofahrräder legte während eines halben Jahres zwei Nachschichten für je 10 Wöhren, Dreher und Fräser ein; die erste davon währt von 7 Uhr abends bis 3 Uhr nachts, die zweite von 3 Uhr nachts bis 11 Uhr vormittags. In einer Telefonfabrik waren 35 Wöhren, Fräser u. s. w. zwei Monate lang von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens und in einer Fabrik für Beleuchtungsfächer 60 Arbeiter vier Wochen des Nachts tätig. Wegen der ungewöhnlich großen Höhe sah sich eine Metallwarenfabrik genötigt, während einiger Wochen die Arbeiter ihrer Gießerei auf deren Wunsch nur das Nachts zu beschäftigen. Was etwas seltsam klingt.

Im Potsdamer Bezirk kommt zur besseren Ausnutzung der Maschinen Nacharbeit in Betrieben verschiedener Industrien, auch der Maschinenindustrie, vor. So arbeiten zum Beispiel in einer großen Automobilfabrik je 80 Maschinenarbeiter in Tag- und Nachschicht, und zwar während drei verschiedenen Arbeitszeiten von 10, 9 und 8 Stunden. In einer großen Gießerei werden bei einer Belegschaft von 120 Arbeitern ständig 16 nachts beschäftigt. Ihre Aufgabe ist es, die Formen von den erkalten Gußstücken zu lösen, diese zu reinigen, den Boden wieder herzurichten, die Feuer zu unterhalten und alle Vorbereitungen für den Neuguß am nächsten Tage zu treffen. Sonntags ruht der Betrieb, so daß die Nacharbeiter erst am Montag abend wieder zur Arbeit angetreten haben.

Im Mercedesbezirk sind von 3750 Arbeitern überhaupt 8131 Nacharbeiter, fast der vierte Teil, so daß auch die Fabrikinspektion sie bedeutend nennt. Außer den Zuckersäften und Süßereien sind daran hauptsächlich die Kupferhütten und Walzwerke sowie Messingwerke, ferner die elektrische und Metallindustrie zu betrachten. Der Bericht meint, die Nacharbeit sei besonders in allen benachbarten Betrieben nicht zu umgehen, wo rohe Metalle, wie Kupfer, Blei und Silber, gewonnen werden, ferner, wo Öfenfeuer zum Brennen und Glühen von Waren unterhalten werden müssen über deren Arbeitstag nicht ohne Schaden unterbrochen werden kann, endlich in Betrieben für den nördlichen Bedarf an Licht und Kraft oder für die Herstellung von Waren, die früh am Morgen gebraucht werden. Mit der letzteren Kategorie von Betrieben sind offenbar die Süßereien gemeint, und da ist schon zu sagen, daß die große Masse der Konsumen das brühwarme Gebäck am Morgen gar nicht erhält und darum den Nachbetrieb der Süßereien leicht und gern entbehren kann.

Aus technischen Gründen müssen nach dem Stettiner Bericht die Hochöfenwerke dieses Bezirks ununterbrochen betrieben werden, desgleichen Gußstahlwerke und Lampenfabriken, in denen das Feuer auch während der Nacht unterhalten werden muß. Da jede Tempergießerei im Stettiner Bezirk mehrere Öfen hat, ist mindestens immer einer im Betriebe, der Nacharbeit erforderlich macht.

189 Anlagen mit Nachtbetrieb führt der Essener Bericht an. Es sind daran 870 Arbeiter beteiligt. Eine Lampenfabrik produziert mit regelmäßiger Nachschicht, nur um die Produktion zu erhöhen. Ausnahmsweise in Metall- und Maschinenfabriken vor kommende Nacharbeit ist in die Statistik nicht aufgenommen, so daß sie also keine erschöpfende Uebersicht bietet. Aber es wird dazu bemerkt, daß alle Arbeiter in diesen Betrieben zwischen zwei Nachschichten eine Ruhepause am Tage gewinnen und außerdem in jeder zweiten Woche einen regelmäßigen Übergang in die Tageszeit.

Verbaut.

Der Duisburger Deutschen Metallarbeiter weiß nicht mehr ein noch aus vor Bedrängnis, weil alle bei und nach der "christlichen" Generalversammlung in Düsseldorf versuchten Schläge der Zentrumskirchen nichts gefruchtet haben. Nun alle Gänge verbaut sind, faucht das Duisburger Blättchen vor ohnmächtiger Wut. Erst ließ es den M.-Gladbacher Dr. Beusch, den Redner der "christlichen" Generalversammlung, selbst seine verlorene Sache verbünden. In einem Artikel: "Freie Wissenschaft" in der Nr. 34 des Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom 24. August 1912 wendet sich Dr. Beusch gegen die Ausführungen von R. u. B. Breitscheid in Nr. 32 der Metallarbeiter-Zeitung und gegen die Berichte der sozialdemokratischen Presse über die Generalversammlung der christlichen Metallarbeiter. Dabei sieht sich der erbohste und entrüstete Dr. Beusch gleich zu Beginn seiner Ausführungen recht böse in die Linie. Es heißt in dem Artikel des M.-Gladbacher Doktors:

"In Nummer 32 der Metallarbeiter-Zeitung hat sich Herr R. Breitscheid verlaßt gefunden, gegen einen von mir auf dem Verbandstag der christlichen Metallarbeiter gehaltenen Vortrag über die deutsche Wirtschafts- und Politik zu polemisierten. Aus dem ganzen Inhalt des Artikels geht hervor, daß der Verfasser die Rebe gar nicht gehört hat. Wie könnte er sonst von einer Verteidigung der Preispolitik des Stahlwerksverbundes sprechen, wo ich ausdrücklich und scharf betont habe, daß es unter allen Umständen zu verwerfen sei, wenn die ausländische Konkurrenz deutsches Roheisen und deutsche Rohstoffabfälle unter Berechnung der Frachtkosten billiger erhalten, als das Land zu."

Nun hat aber gerade Dr. Beusch selbst in seinem Schlusshörer erklärt, der (Zentrum) Abgeordnete Becker (Arensberg), der gegen einzelne Stellen in der Rede des Dr. Beusch geprunken hatte, schreibt den Grundruck gehabt zu haben, als sei er (Beusch) „als Agent des Stahlwerksverbundes aufgetreten“. Und der zentrumslche Abgeordnete Becker hatte doch die Ausführungen des Dr. Beusch nicht aus der sozialdemokratischen Presse kennen gelernt, sondern sie aus seinen eigenen Ohren angehört. Herr Beusch, wie wird Ihnen?

Es ist auch sehr bezeichnend, daß der Deutsche Metallarbeiter in seiner großen Wut wohl recht stark an vielen Worten gegen die sozialdemokratischen Verlegerstätter ist, daß er aber nach wie vor aufs sorglos vermeidet, irgendwo auch nur einen Satz anzugeben, den sozialdemokratischen Blättern oder die Metallarbeiter-Zeitung falsch berichtet hätten. Auch die Tatsache, daß sich Dr. Beusch gegen das „Abhängigkeitsverständnis“, als sei er als Agent des Stahlwerksverbundes aufgetreten, wenden mußte, kann nicht als falsch bezeichnet werden. Da ist es gewiß zuviel genug, wie sich Dr. Beusch nun gegen Breitscheid wendet und scheinen lassen will, als hätte der eine bessere Meinung von dem Redner des M.-Gladbachers bekommen müssen, wenn er die Rebe gehört hätte.

Aum verzählt der Deutsche Metallarbeiter in seiner Nr. 35 vom 31. August wieder einen langen Artikel über die Arbeitszeit in der Großfeuerindustrie und die Berichte der Presse über die Behandlung des Themas auf der christlichen Generalversammlung. Es geht den "christlichen" Abroden wieder sehr um die Männer, daß selbst die Unternehmerländer die Schleierländer der "christlichen" erlernen und sie weiter gar nicht beachten. So wendet sich das Duisburger Blatt gegen einen Angriff Heinrichs im Blatt der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, wo es heißt:

"Das Erscheinen der vom sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband herausgegebenen Schrift über die Schwerindustrie... hat den christlichen Metallarbeiterverband nicht rufen lassen, auch seinsetzt sein Interesse für den Hüttenarbeiter wiederum besonders zu verstehen."

Gegen den Bericht, daß deshalb die Frage des Hüttenarbeitervertrages auf der christlichen Tagung behandelt worden ist, wehrt sich der Deutsche Metallarbeiter. Dann polemisiert das Duisburger Blättchen gegen Giesberts, zwar nicht persönlich, wohl aber in der That, obwohl der Angriff formal der sozialdemokratischen Presse und der bösen Metallarbeiter-Zeitung gilt. Das geschieht wurde, die Christlichen fühlten sogar die sozusagen wohlgewollten Worte ihrer eigenen Freunde (die des Referenten Giesberts in der Frage der "Priorität" beim Hüttenarbeitervertrag), erfordert das Blättchen für eine "Überschreitung", für „heit, jetzt

Eine Studienreise deutscher Arbeiter in England.

von Dr. Arzayashi (Stuttgart).

I.

Es ist nichts neues, daß Deutsche nach England und Engländer nach Deutschland gehen, um die Verhältnisse dort und hier zu studieren. Doch aber Arbeiter aus der Deutschen Studienreise unternehmen, oft etwas seltsames, obwohl gerade sie es sein sollten, die den Veränderungen bedienten bei ihren Studienreisen dies- und jenseits des Kanals verstreuen. Der K. A. S. I. F. i. z. B. O. L. S. d. o. r. e. l. e. s. u. g. e. n. zu S. t. r. o. m. f. i. r. a. B., dem neben den vielen Gewerkschaften des Deutschen und der Sozial-Demokratischen Gewerkschaft, die christlichen Gewerkschaften und eine Anzahl liberalistischer Betriebsräte angegeschlossen sind, veranstaltete eine solche Studienreise in der Zeit vom 18. bis zum 16. Juli 1911. Diese Reise geführt hat eine nur aus Christlichen und Christ-Demokratischen gesammelte Gruppe aus Süddeutschland. Der Aufschluß war es, daß diese Studienreise zu einer Friedensreise wurde. Die Eröffnung des deutschen Gewerkschafts-Bauhauses nach Englands gab den Anlaß dazu.

Diese heimliche Friedensreise begann am 7. Juli von Frankfurt a. R. ab. Nach einer mehrstündigen Eisenbahnfahrt am nächsten Abend gelangten wir mittags des selben Tages in Köln und um 5 Uhr nachmittags in dem deutschen Grenzort Herbolzheim. Von dort fuhr der Zug der beiden blühenden Städte, Berlin und Hamburg, nach Südwürttemberg, so daß eine große Zahl geschäftiger Eisenbahnen und in Wohlgelegenheit befindliche Eisenbahnen besuchte. Ein wahnsinniges Gefühl beschäftigte mich einen, nachdem nicht mehr denkmälerne, meagrierige Bilder wurden und den freien Himmel gesähen, man hörte Garde, aber man verstand die freien Menschen nicht. Es ging dann durch engländische kleine Kunden zurück zu. So und zu erreichte man Tübingen und Blaubeuren. Da gab es auch Eisenbahner an der Arbeit, bei der kleinen Eisenbahnlinie verstreuten. Unter guten 3. Klasse-Begleitung aus nach einer kleinen Straße ins Dorf; dann über Berg und Hügel in den schönen belgischen 3. Klasse-Wegen, der nach bis nach Brüssel brachte. Das wurde nun erleichtert auf. Das spricht

stark". Aber auch da wieder wird gar nicht die Richtigkeit dessen bestreiten, was die Metallarbeiter-Zeitung über den wirklichen Wortlaut der betreffenden Säcke Giesberts geschrieben hat. Das beweist ja schon genug. Um nun Giesberts und die Metallarbeiter-Zeitung abzutun, reitet der Strategie vom christlichen Wand mit eingeklepter Danze auf einem bekannten alten Klappe in die Arena. Der Deutsche Metallarbeiter schreibt:

"Der Königlich preußische Regierungs- und Gewerberat Oppermann (Arensberg) schreibt in seinen Vorschriften des Bundesrats über den Betrieb der Anlagen der Großfeuerindustrie:

"Der christliche Metallarbeiterverband, dessen Zentrale in einem bedeutenden Mittelpunkt der Großfeuerindustrie — Duisburg — liegt, hat wohl am frühesten auf Würzung der Arbeitszeit der in den Hüttenbetrieben der Großfeuerindustrie beschäftigten Arbeiter, insbesondere der Feuerarbeiter, gebrängt." II. f. w.

Das unbedeutende Blatt aus dem "bedeutenden Mittelpunkt" spricht von "bedeutenden Standorten" der Metallarbeiter-Zeitung, es hält Oppermann für einen unparteiischen Zeugen und ruft verdeckt, triumphierend aus: "Was mit die Unterstellung der Metallarbeiter-Zeitung gegen dieses Zeugnis gesagt?"

Der Deutsche Metallarbeiter gibt uns damit Gelegenheit, auch auf diese Angelegenheit noch einmal einzugehen. Vorher setzt festgestellt, daß das Duisburger Blatt nicht einen Ton darauf zu sagen hat, was wir über die lässige Beachtung der Hüttenarbeiter-Schutzverordnung durch die Gewerbeaufsichtsbeamten und die Christlichen schrieben. Wir erklären, daß nach den Schutzvorschriften vor jeder einzelnen Schicht eine Ruhepause von mindestens acht Stunden liegen müsse, wonach zwei Schichten von 20, 30 und mehr Stunden hintereinander unzulässig seien. Es sei merkwürdig, daß die Christlichen an dieser ständigen Verletzung des geltenden Rechts nichts ausgesetzt hätten und auch in Duisburg nicht dagegen angegangen seien, obwohl die auf der Christentagung antwortenden Fabrikinspektoren nachher sehr ans Licht gestellt wurden. Die Christlichen nennen solche wichtigen Dinge "Kinderlieb" und beweisen damit erneut, daß es ihnen mit dem besseren Hüttenarbeiter-Schutzgut nicht genügt ist und daß sie die Frage des Arbeiterschutzes verwechseln mit dem "Schutz" ihrer zentrumskirchlichen Sonderbündelei.

Zum über weiter. Mit Oppermann und seiner Kommentierung der Bundesratsverordnung für die Großfeuerindustrie hat sich die Metallarbeiter-Zeitung bald nach dem Erscheinen des Schriftchens ausführlich beschäftigt (Nr. 17 vom 23. April 1910). Wir haben uns dabei verschieden gegen die den Unternehmern zunutzen kommende, unethische Art der Schilderung Oppermanns wenden müssen. Unter anderem heißt es in dem Artikel der Metallarbeiter-Zeitung:

"So fügt der Gewerberat den Begriff der „regelmäßigen Arbeitszeit“ so weit, daß bei bestimmten Arbeitern (Dampfmaschinen, Ofenarbeiter), die zeitweise eher auf dem Werke erscheinen müssen als die anderen Arbeiter, um den vollen Betrieb beim Schichtbeginn möglich zu machen, solche Wehrarbeit nicht als Überarbeit im Sinne der Schutzverordnung angesehen sein soll. Das erscheint uns durchaus verkehrt. Mag innerhalb jener periodischen Mehrarbeit öfter durch die Arbeitsordnung festgelegt sein, das ist unerheblich. Soll der von Oppermann angezeigte Geschäftspunkt maßgebend sein, so könnten ja schlechtlich die Hüttenunternehmer einfach durch die Arbeitsordnung die „regelmäßige Arbeitszeit“ bestimmter Arbeiter beliebig verlängern — einen Arbeitstag von 16 Stunden läßt die Hüttenarbeiter-Schutzverordnung ja zu — und dann wäre das Überarbeitsurteilsrecht ungültig. Es muß aus diesen Gründen verlangt werden, daß auch die Wehrarbeit der Heizer, Maschinisten, Ofenleute, die zur Herbeiführung des vollen Betriebes am Wochenbeginn vor Beginn der Arbeitszeit der Massen der Arbeiter geleistet wird, in das Überarbeitsurteilsrecht kommt."

In weiteren schreibt die Metallarbeiter-Zeitung damals:

"Zu diesem Paragraphen (4 der Bundesratsverordnung) bemerkt Oppermann unter anderm, daß bei längeren Perioden von Überarbeitszeit die täglichen Arbeitsschichten der Arbeiter bis zu 16 Stunden ausgedehnt werden können. Dann aber kommt der Pfeil, indem der Gewerberat einen völlig unrichtigen und dem Werkstatt und dem Sinn der Verordnung fremden Unterschied macht zwischen den längeren Perioden von Überarbeitszeit und der alljährlichen der Arbeitsschichten am einzelnen Überarbeitstagen". Oppermann bemerkt hierzu:

Diese kann über das Maß von 16 Stunden unter Umständen auch hinausgehen, nämlich, wenn es sich um vereinzelt liegende Überarbeitsstage handelt. Indem durch die Bestimmung des § 4 Absatz 1 gejagt wird, daß vor einem genau festgesetzten Zeitpunkt, das ist vor dem durch Arbeitsordnung oder Arbeitsvertrag festgelegten Beginn der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit, jedem Arbeiter eine Ruhezeit gewährt werden darf, kann an einzelnen Tagen unabhängig davon die zusammenhängende Arbeitsdauer eines Arbeiters auf die doppelte Schichtweise gerechnet werden. Hat nämlich ein Arbeiter keine gewöhnliche Arbeitsschicht erlebt, die Schichtweise von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gebraucht haben mag, und er wird angehalten, über diese Zeit hinaus Überarbeit zu leisten, so darf er höchstens bis 6 Uhr morgens, nicht

dort dennoch, französisch und englisch. Sehr Zeitungs- und Stationärvertrieb werden alle drei Sprachen an, um seine Waren loszuwerden. Ein kleiner Spaziergang durch die Stadt überzeugte uns, daß man ja in einer historischen Stadt befindet, aber auch, daß das Leben und allen Leidens großes Elend in dieser internationalen Stadt herrscht. Menschenleben wird auch dort auf der Straße feilgeboten — in diesen kapitalistischen Landen wäre das eins nicht der Fall. — Die Zeit gefielte uns, nach einer Fahrt einzusteigen und dann ging's in dämmerndem Licht dem Meerestrande zu. Unsägliche Sicker und Gedärmtheit zeigten den Strand von Spazier zu. Bald fiel uns schon der Zug von Rio, an dem das Schiff lag, das uns über den Kanal tragen sollte. Wie wohl der Zug die ganze Seezeit hat! Es war Nacht, man sah aber sehr wenig Menschen in der Rose schlafen, alles über an Deck und ließ sich von den wilden Wogen umtreiben. Nach einer Weile und die Dampfmaschine gab das Signal zur Abfahrt. Erstig über sicher stieg der Kommandeur in See.

Sieht, daß die Strassenläger immer steriler wurden und schließlich ganz verschwanden, die gefürchtete Seerauhheit verschob, begab man sich in die Restaurants, täglich hatten oder besuchte das ungewöhnliche Nachtlager zum Club.

Die Restaurants, Börsen- und Clubs-Salon wurden auch die Postkarten entzogen. Da lag irgendwo in der Ecke ein Mann, der mit Schreien und Flüchten von Briefmarken beschäftigt war, und natürlich bringt es dem Gothen die Freude auf: Was macht der Mann? Bei näherem Zuhören bemerkte man, daß es der Postbeamte ist. Gleich wie jeder andre Schiffsmaschine tröstigt dieser Mann, ist kein und geworden.

Bei einer dreijährigen Reise erfuhr man die Leidenschaften des Dober, eben den Strand und nach letzter Zeit befand sich der Kommandeur im Hafen. Ein Bild auf die vielen dort liegenden Schiffe zeigt uns, daß hier die Kapitänsschiffe der Ozeaneisen ist und die Verschwendungsrate der Schiffe dieser Verschiffungsroute und Englands sind.

Die englischen Zollbeamten machen sich ihre Arbeit sehr leicht,

aber darüber hinaus arbeiten, weil er andernfalls nicht der Bedingung genügen würde, vor dem Beginn seiner regelmäßigen täglichen Arbeitszeit, der auf 6 Uhr morgens fällt, die vorgebrachte Ruhezeit (8 Stunden) einzuhalten. Bei Betrieben mit 12stündigen Arbeitsschichten kann also höchstens eine Maximalarbeitszeit von 24 Stunden (einschließlich Pausen), bei Betrieben mit 8stündigen Arbeitsschichten eine solche von 16 Stunden geleistet werden.

Diese knifflische Spaltung erscheint uns durchaus gefährlich; soll diese Auslegung erlaubt sein, so wäre der Willkür der Hüttenunternehmer vollends Ihr und Ihr geöffnet."

So schreibt wir. Eine Arbeitsdauer von 24 Stunden kann natürlich nicht als eine Schicht bezeichnet werden, es sind vielmehr zwei Schichten und zwischen ihnen muß die verlangte Ruhezeit liegen, da nach § 4 nur die sogenannten Wechselschichten ausgenommen sind! Wenn nun die Christlichen klagen, daß nichts gegen die langen Arbeitszeiten bei der jetzigen Rechtslage zu tun sei, dann ist dies falsch. Wir haben uns mit den Ausführungen Oppermanns deshalb erneut etwas eingehender beschäftigt, weil wir noch immer darauf warten, daß auch die Zentrumskirchen die eigentliche Kommentierung der Hüttenarbeiter-Schutzverordnung durchführen. Auf unsere Feststellungen hat damals das Duisburger Blatt, sobald wir uns entzogen, nichts zu erwidern gewußt, es hat sich mittschuldig gemacht, wenn nun die Unternehmer der Großfeuerindustrie die gegebenen Flingerze auf ihre Art ausnutzen und besonders am Wochenende in die Puppen überarbeiten lassen.

Zu der Bemerkung Oppermanns über die „Priorität“ der Christen schreibt die Metallarbeiter-Zeitung bei der Gelegenheit:

"Als wir dies lasen, halten wir gleich die Vermutung — da die mit wichtigster Bedeutung vorgetragenen Worte vom Mittelpunkt der Großfeuerindustrie sie ausdrängen —, daß der Gewerberat da aus der trüben Quelle des Wieberschen Hüttenarbeiter-Schutzgesetzes hergeschöpft habe, eine Vermutung, die sich auch bestätigte. Oppermann gebraucht die älteren Worte in der Erläuterung seiner Erklärung der Bundesratsverordnung. Jedoch hat der Deutsche Metallarbeiter schmälerweise bei der Übergabe des Bots vergeben, mitzuteilen, daß Oppermann in einer Fußnote ebenfalls auf die Wiebersche Schrift als Quelle hinweist."

In seinem Artikel vom 31. August 1912 macht es der Deutsche Metallarbeiter wieder gerade so. Der „unparteiische Zeuge“ der Christlichen, das sind also — die Christlichen selbst! Und da denken wir, daß denn doch Giesberts immer noch etwas unparteiischer ist als Wieber in seinem „bedeutenden Mittelpunkt“.

Womit denn auch dieser nun wohl legitime Schlußwinkel ausgeschwemt ist und alle Gänge der Christlichen verbaut sein werden.

Eine „liberal“-Hirsch-Dundersche Millionen“gründung!

Und beschließt er im Grabe den müden Lauf.
Noch am Grabe plant er die Hoffnung auf!

Endlich ist das große Werk getan: ungefähr hundert "liberal" Hirsch-Dundersche Arbeiter haben lärmig in Leipzig unter Führung des bekannten Erkelenz einen "Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten" gegründet. Erkelenz hielt eine seiner vertretenen Reden und nach einer Besprechung wurden dann folgende Sätze angenommen:

"Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellten in Leipzig hält die Schaffung einer liberalen Arbeiters- und Angestelltenbewegung für eine dringende Notwendigkeit. Sie fordert ihre Freunde in Stadt und Land auf, mehr als bisher für die politische Aufführung der liberalen Arbeiter im Sinne der Beschlüsse dieser Konferenz zu wirken. Die liberale Arbeiterbewegung erfüllt ihre vornehmste Aufgabe in einem unüberschrittenen Werden für ein handelsfördernden der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung mit dem freiheitlichen Bürgerum auf politischem und kulturellem Gebiete. Um die Arbeiter und Angestellten für diese Aufgabe zu erziehen, ist eine selbständige liberale Arbeiterbewegung im Rahmen der Fortschrittslichen Volkspartei unentbehrlich.

Die liberale Arbeiterbewegung erkennt das Programm der Fortschrittslichen Volkspartei als ihr Mindestprogramm an. Sie wird innerhalb dieser Partei mit besonderer Anstrengung arbeiten:

1. Für den freiheitlichen Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, wie für die politische Gleichberechtigung aller Erwachsenen. Am Anfang seiner Laufbahn soll jeder Mensch die gleiche Möglichkeit der Entwicklung haben.

2. Für die Schaffung eines sozialen Arbeitsrechts durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltsverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Die wichtigste Pflicht jedes Gewerbes ist die Erhaltung und Kräftigung einer leistungsfähigen Arbeitnehmerschaft.

3. Für die Errichtung eines engen Zusammenhangs der sozialen Frage in den städtischen Gewerken mit der auf dem Lande. Dem-

um den Reichsmüller zu erkennen. Nach der Zollabfertigung besiegen wir wieder den Eisenbahngang, aber nicht die dritte oder vierte Klasse, wie wir sie in Deutschland gewohnt sind. Jetzt durfte der Prolet im gepolsterten Wagen sitzen. Wer aber glaubte, jetzt eine ruhige Eisenbahnfahrt machen zu können, lasset nicht auf seine Rechnung. Die Wagen wurden auf dem ungleichen Gleise von rechts nach links geworfen, so daß man sich festhalten mußte, um nicht einen Stock aufzutreten oder gar die Fensterscheiben einzubrechen. Nach etwa einstündiger ausvolter Eisenbahnfahrt kam die Weltstadt London in Sicht. Was sich jetzt dem Auge bot, waren unzählige Fabrikationsstätte und ein Meer von kleinen Häusern mit unzähligen Eisenstrukturen. Ehe man sich über das neue Bild redet, befanden konnte, war man schon auf der Endstation Charing Cross angekommen.

Was ist der englische Bahnhof? Eine schwungige, mit Blakaten verunstaltete Eisenhalle — sollte die Kurze Antwort sein. Was sind wie Deutsche doch für „unpraktische“ Menschen! Wir geben Millionen für öffentliche Bauten aus, lassen die besten Architekten entwerfen, und wir schauen mit Stolz auf diese Prachtbauten, diese Sterne der deutschen Städte. Der Engländer scheint keinen Sinn dafür zu haben. Eine einfache, mit mächtigen Eisenketten versehene Halle, in die Automobile und Droschen bis vor den Zug fahren, genügt für ihn, er ist praktisch! Wo steht Prolet herauskommt, da gibt man für bessere Einrichtungen nichts aus.

Vom Bahnhof ging es jetzt nach dem nahegelegenen Charing Cross-Empfangsbau, wo ein Lädchen Tee bereithielt, der aber nicht genügte, um den sich mächtig melgenden Magen zu beruhigen. Inzwischen fanden sich einige Führer der Adult School ein, die mit der Reisegesellschaft den Weg nach dem Parlament antreteten.

Was ist die Adult School, die unsere Gastgeberin war? Eine kleine Schule, die jedem Reisenden mitgegeben wurde, sagt:

Die Frauen- und Männerchulen haben große Förderungen im Leben von Tausenden von Männern und Frauen in England verursacht. Der Inhalt dieser Schulen ist: 1. Männer und Frauen zu bilden und lehren und ihnen im besonderen den Sinn des Lebens klarzumachen. 2. Die Bibel frei, offen und ehrfürchtig und ohne Vorurteil zu studieren. 3. Verschiedene Klassen der Gesell-

entsprechend: Kampf gegen den Großgrundbesitz, für eine großzügige Landeskolonisation.

4. Für einen lebenskräftigen Idealismus, der alle Klassen der Nation verbindet, gegen einen geistlosen Materialismus, der im Menschen nur eine Maschine sieht."

Wenn im Anbeginn seiner Laufbahn jeder Mensch die gleiche Möglichkeit der Entwicklung haben soll, dann müßte der Kampf gegen den Kapitalismus im neuen Programm stehen; denn der kapitalistische Besitz auf der einen und der Nichtbesitz der Arbeitsmittel auf der anderen Seite ist ja heute der Grund dafür, daß die Entwicklungsmöglichkeiten ungleich sind. Solche unbedachten Tatsachen schaden die Erlebenleute aber wenig. Und bisher hat sich der Liberalismus doch viel darauf zugute getan, daß das Arbeitsverhältnis mit dem "freien Lohnvertrag" zu einem Rechtsverhältnis geworden sei.

Dem Vernehmen nach war der Anschluß der neuen hundertgruppe an die Fortschrittsler schon vor der Tagung in Leipzig ausgetragen worden. Nationalliberale Blätter wiesen nämlich darauf hin, daß zuerst die Absicht bestanden habe, die Konferenz auch aus den Kreisen der nationalliberalen Arbeiter zu beschließen, da sei aber gleich auf den bürgerlichen Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei hingewiesen worden, worauf die rechtsliberale Beschilderung unterstellt sei.

Das wäre also nun die älteste Altkontaktion des gerufenen Erleben! Was hat dieser Mann nicht schon alles zusammengerückt und "gegründet" und was hat er nicht schon alles an Hoffnungen zu Grabe getragen! Je mehr ihm aber über geht, um so selbstbewußter ist das Auftreten des Altkontaktionsstrategen bei jeder neuen Spielerie. Erst holte sich Erleben mit seinen Hirsch-Dunderschen Freunden deshalb herum, weil er durchaus die Arbeiter auch in die nationalliberalen Partei haben wollte. Die part Hirsch-Dunderschen sollten die großkapitalistische Unternehmernpartei "umformen". In einem Artikel: "Gewerbevereine und Politik" in Nr. 17 der Düsseldorfer Westdeutschen Arbeiterpost (deren Herausgeber damals Erleben war) vom Samstag den 27. April 1907 heißt es, daß "heute schon Behauptende Gewerbevereine in der nationalliberalen Partei" seien. In Duisburg seien diese Gewerbevereine bei der Reichstagswahl im ersten Wahlgang für den nationalliberalen Kandidaten eingetreten, statt den Hirsch-Dunderschen Persön zu wählen. Zum mindesten in Bochum und Dortmund sei ähnliches geschahen. In Berlin sei ein "geistig bedeutender" Gewerbevereinsbeamter Vorstandsmitglied eines nationalliberalen Parteivereins. In diesen Städten sei die Lage ähnlich. Weiter klich es: "Ja, wir wünschen ausdrücklich, daß auch eine Anzahl Gewerbevereiner in die nationalliberalen Partei hineingehen und dort in unserer Söhne arbeiten."

Nun ist das wieder nichts mehr, Erleben hat ein neues Rezept für eine Blautäuschung der Hirsch-Dunderschen entdeckt und die Nationalliberalen werden hinausgeschmissen!

Die Rede des Erleben auf der Leipziger Hirschtagung wurde nachträglich von der Düsseldorfer Westdeutschen Post (Nummer 33 und folgende) abgedruckt. Auch ein Begrüßungsartikel in der Nr. 32 des Düsseldorfer Gewerbevereinsblättchens ließ es an verschiedenen Worten nicht fehlen. "Freiheitlich" und "national" heißt es da einübers anderem noch unmöglich hat der Schreiber geglaubt, daß sich dabei auch etwas denken lasse. "Mit dem Willen zur Macht müssen wir an die Arbeit herangehen, dann zwingen wir es", heißt es da; "wenn andere es können, warum sollten wir es nicht?" Wie sagt doch Bürger: "Der Mann, der das kann und das über eracht, hat sicher aus Höderlin Gold schon gemacht." Wenn sich die Dinge so mechanisch und so leicht drehen ließen, wären die Hirsch-Dunderschen Phantasten bald obenau.

Obgleich die hundert Hirsch-Dunderschen in Leipzig die Nationalliberalen bei ihrer Gründung ausgepeppt haben, werden aber nicht nur die nationalliberalen Arbeiter ohne viel Federlesens für die "überalen" Hirsche mit Beifall belegt, sondern es werden darüber hinaus schwungsvoll hohe Bahnen steigen gelassen. Die Beweisführung ist allerdings mehr als fadenscheinig. In der Rede des Erleben wird für den voraussichtlichen Vomdenersieg der neuen Gründung auch angeführt:

"Man kann dafür auch noch einen indirekten Beweis antreten. Wenn man sieht, daß aus dem Herd der Unzufriedenen, aber auch aus den sozialdemokratischen Verbänden heraus, in den letzten Jahren eine "gelbe" Arbeiterbewegung entstanden ist, die nach 150 000 Köpfen zählt, so offenbart sich darin ein Drang zur Organisation außerhalb der sozialdemokratischen Verbände, den man nicht unterschätzen soll. Daß diese Leute auf den Frieden der gelben Arbeiterbewegung vertrauen, hat vielleicht unter andern auch seinen Grund in dem Manne anderer geeigneter Organisationen."

Hier "offenbart" sich schon mehr ein "Drang" nach höherem Blößsein! Sind denn die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, die doch nicht erst gegründet zu werden brauchen, auch nicht mehr "geeignet"? Nach der Art der Beweisführung des Erleben lämen doch die Gewerbevereine selbst eher für die Gelben in Betracht als die politische Neuordnung. Jedes Kind weiß ja aber, daß von einer Eigentümlichkeit bei den Gelben gar nicht geredet werden kann, daß die gelbe

schaft zu gegenseitigem Dienst keinerlei sachlich zu vereinigen. 4. Sitts und Gemeinwohl zu fördern und Bürgerpflichten zu lehren. 5. Allen möglichst viel Gelegenheit zu bieten, in diesem Sinne tätig zu sein. 6. Jungs, Männern und Frauen zu helfen, ihr Leben im Sinne Christi einzurichten und zu führen und sie in ihrem persönlichen Bedürfnis mit ihm zu ermutigen."

Die Methoden der Männer- und Frauenschulen ist: 1. Der Schulunterricht für Männer findet Sonntags früh, der für Frauen meistens Sonntags nachmittags statt. 2. Nach Gesang und einschmal Gebet beginnt die Tätigkeit der Unterrichtsklassen. 3. Die Lehrer dieser Klassen werden nicht belohnt, da Lehrer und Schüler Namensgeber und Freunde sind. 4. Der Unterricht wird in freitem Vortrage gegeben, dem sich eine Aussprache anschließt, an der alle Mitglieder der Schule sich zu beteiligen ermuntert werden. 5. Die Lehrerinnen werden von den Mitgliedern der Schule bestimmt. 6. Den Mittelpunkt der Stunde bildet die Bibel, welche einschmal und frei von irgend welchem konfessionellen Vorurteil studiert und besprochen wird. 7. Auch an Wochentagen finden abends gemeinschaftliche Studien und Versammlungen gesellschaftlichen Charakters statt. 8. Die Schulen sind vollständig frei von konfessionalem und Parteidienst. 9. Die Schulen sind an rein demokratischer Form und Art gebaut. 10. Finanzielle Unterstützung ist nicht nötig, da die Einrichtung wenig kostet und die Mitglieder die minimalen Auslagen selbst zu tragen imstande sind. 11. Mit den Schulen sind Wohlfahrtseinrichtungen aller Art verbunden, welche von den Mitgliedern nach Bedürfnis eingerichtet und verwaltet werden. 12. Sämtliche Schulen — 1800 an der Zahl — sind in einem Verbande vereint, darin die Starken den Schwachen helfen."

Ein Lehrer der Adult School schrieb auf Beiträgen noch folgendes: "Die Adult School-Bewegung wurde vor etwa 60 Jahren von Joseph Sturge zuerst in Birmingham ins Leben gerufen. Es gab damals nur Sonntagsschulen, da aber Sturge sah, daß einige erwachsene Arbeiter Unterricht nicht nur in der Bibel, sondern auch im Schreiben und Lesen nötig hatten, begann er, seine Erziehungsarbeiten auf die Erwachsenen auszudehnen. Jetzt zählt die Bewegung

100 000 Mitglieder in Großbritannien. Unser Unterricht erstreckt sich zum Beispiel im Monat Juli 1911 auf folgende Themen: 1. Religionsabsturz. 2. Englische und deutsche Liederbücher. 3. Zu viel Arbeit und zu niedrige Löhne. 4. Ist das Leben lebenswert? 5. Die Krise des Kindes. 6. Christentum und die Gewerbevereine. 7. Die literarische Kultur. 8. Die Geschichte einer Kerze. 9. Biblische Geschichte. 10. Religion, Land und Arbeit u. s. w. — Mit solchen Vorträgen bringt man gewöhnlich die erste halbe Stunde des Sonntagsmorgens zu, nachdem zuerst ein Kirchenlied den Anfang gemacht hat. Nachher singt man noch einige Kirchenlieder oder betet gemeinschaftlich. Dann beginnt die Bibelstunde an. In unseren Schulen werden alle Religionen und Parteien geduldet. Jeder Mann und jede Frau ist uns willkommen. Nach der Bibelstunde, die in Klassen von 20 bis 40 Personen durchgeführt wird, versammeln sich alle Mitglieder zum Gesang oder Gebet, was den Schluss der Schulstunde bedeutet. Der Adult School sind ferner Sparläden, Krankenkassen, Sportclubs, literarische Vereine u. s. w. angegliedert. Unsere Bewegung ist eine der lebendigsten in England; alle, die mit ihrer Kirche in Unzufrieden leben, finden bei uns ihren Platz. Unsere Basis ist sicher religiös, aber wir haben keine Glaubensgemeinschaft. Wir freuen uns, wenn unsere deutschen Freunde durch ihren Besuch in England von uns etwas gelernt haben und wir sie ein wenig auf die Wahrheit einer Adult School-Bewegung, natürlich nach deutschem Muster, gebracht haben."

Der letzte Wunsch des lieben Engländer wird wohl in Deutschland nie in Erfüllung gehen; das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterschaft müßte um mindestens 60 Jahre zurücktreten, sollte eine solche Bewegung in Deutschland Boden finden. Die National Council of Adult School mag alles Göttingen für das englische Volk tun, aber eines fordert sie nicht, ja sie hindert geradezu durch ihre "Bibelst." den englischen ausgeübten Arbeitern, zum Bewußtsein seiner Klassenlage zu kommen. Dieses Bewußtsein ist aber notwendig, daß der Arbeiter sich der Klassen entscheiden, die ihn knebeln. —

Auf dem Wege zum Parlament boten sich unseren Augen Bilder der "großen Lage" (Krönungsfeierlichkeiten des Königs George V.). Auf meine Verwunderung über die große Mühe, die sich die Eng-

"Alle Anträge auf Vertretung in Unfallshäfen vor dem Reichsversicherungsamt sind mit den dazu gehörigen Akten vorläufig an unsern Verbandssekretär Franz Neustadt, Berlin NO. 55, Graefewaldstraße 221/23 zu senden. Es ist nicht nötig, daß die Briefe eingeschrieben gefaßt werden. Wenn die Adresse richtig geschrieben und auf der Rückseite noch die Adresse des Absenders vermerkt wird, dann genügt das vollkommen."

Die Postmacht ist mir zu unterschreiben, der Name des Vertreters wird hier hintergeschrieben.

Berlin, den 19. August 1912.

Karl Goldschmidt, Verbandsvorsitzender."

Da die Verlener Zeit so ziemlich vorbei ist, scheint es sich um einen kleinen Sturz zu handeln. Sollte das der erste "Erfolg" des gloriosen Taktikers sein, daß er sich selbst auf die Ubrutschbahn gesetzt hat?

Das sei nun wie immer, jedenfalls kann man diesmal der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung bestimmen, die in ihrer Nr. 33 vom 18. August 1912 über die neue Gründung schrieb:

"Der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung wird der Reichsvertreter liberaler Arbeiter und Angestellten auch dann, wenn er sich etwa ganz wider Erwarten in weiterer Folge doch noch einigermaßen lebenskräftig gestalten sollte, seinerlei Übrrug tun."

Man denkt auch an den Haushab. Hier, wie wollten da die "liberalen" Hirsch-Dunderschen ihre Fahnen setzen lassen? Aber die "liberalen" Leute vom Hanjabund schlugen den Hoffnungsschwoangeren die Tür krachend vor der Nase zu, daß die Strategen erst gar nicht wußten, was ihnen passierte.

Aber nun ist es ja erreicht, nun ist das große Werk getan. Die Welt wird staunend die Taten der liberalen Hirsch-Dunderschen sehen. Warten wir es ab.

Ein städtischer Arbeitsnachweis als Kontrollstation.

Die Firma F. W. Maßwitter, Schiffswerft in Danzig, hat mit den dortigen Städtischen Arbeitsnachweisen folgende interessante Korrespondenz geführt:

Danzig den 1912.

Um den Städtischen Arbeitsnachweis.

Durch eine Postkarte vom 18. vorigen Monats ist der bei mir beschäftigte Schiffszimmermann R. N. aus Y. aufgefordert worden, sich zur Einschiffung bei der Kaiserlichen Werft zu melden. R. N. soll sich früher einmal, als ungenügende Beschäftigung auf meiner Werft war, um Arbeitsvermittlung an Sie gewendet haben. Jetzt lag aber gar kein Grund für ihn vor, von mir fortzugehen. Er ist infolgedessen auch der an ihn ergangenen Aufforderung gar nicht nachgekommen. Für mich wäre aber der Verlust dieses Mannes sehr empfindlich gewesen, weil infolge eines etwa leichsinnlichen Streits auf meiner Werft die Arbeiten sehr zurückgeblieben waren, und ich nicht nur zeitlich Arbeit für meine Leute hatte, sondern noch darüber hinaus noch gern noch neue Leute eingestellt hätte.

Es kann doch auch nicht Aufgabe des Städtischen Arbeitsnachweises sein, der einen hiesigen Werft Leute, die so dringend gebraucht werden, zu entziehen und sie einer anderen hiesigen Werft auszuliefern. Die Lebensbedingungen für die hiesigen Werften sind so schwer, daß sie häufig noch unter großen Opfern ihre Bettiefe aufrecht erhalten können.

Am schwierigsten gestaltet sich aber die Frage der Arbeiterschaffung zu Zeiten, in denen es den Werften gelungen ist, Arbeit heranzuziehen, weil es schwer ist, geeignete Leute zu engagieren. Es muß sich daher ganz besonders empfindlich treffen, wenn in Zeiten starkerer Beschäftigung mir gerade meine tüchtigsten Leute wegengagiert werden, weil es fast unmöglich ist, Ersatz zu beschaffen.

Ich bitte dringend um Unterstützung in dem Sinne, daß meine Leute nicht anderen hiesigen Industrie-Gewerbevereinen angeboten werden, h. n. d. o. d. v. o. h. e. r. m. e. n. G. i. n. v. e. r. s. t. a. n. d. a. t. s. e. i. n. g. e. h. o. l. t. w. r. b.

Hochachtungsvoll

ges. F. W. Maßwitter." Es mag sein, daß es der Firma Maßwitter schwer fällt, Arbeiter heranzuziehen, die bereit sind, bei der gegenwärtigen Leistung für 28 bis 35 J. Stundenlohn schwere Arbeit zu leisten. Was man sich dort aber alles noch erlauben zu können glaubt, geht daraus hervor, daß die Firma Maßwitter dem Arbeitsnachweis zumutet, erst ihre Genehmigung einzuholen, ehe er einen bei ihr beschäftigten Arbeiter Gelegenheit verschafft, anderwohl bessere Arbeit zu finden. Die Zeitung des Arbeitsnachweises bietet diese Zurnutzung nicht etwa in gehöriger Weise zurück, sondern sandte der Kaiserlichen Werft folgenden Brief:

Danzig den 1912.

An die Kaiserliche Werft Danzig.

Anlegend überbringen wir Abschrift des mit der Firma Maßwitter entstandenen Schriftwechsels zur ges. Kenntnisnahme. Wir möchten den unsres Erachtens berechtigten Wünschen der Firma Rechnung tragen und bitten daher höflich, in Zukunft die Anträge auf Überstellung von Arbeitern aus und mindestens drei Tage vor dem Einschiffungstermin zulassen zu wollen, damit wir in der Lage sind, nachzuprüfen, ob die Bewerber noch in Arbeit stehen.

Städtischer Arbeitsnachweis. ges. Schuld."

länden bei solchen Anlässen geben, antwortete mein Begleiter: "Wir lieben unseren König." Das er nicht ganz unrecht hatte, soweit seine Antwort sich auf die Adult School und ihre Mitglieder bezog, sollte ich später selbst erfahren. — In den Restaurationsräumen des Parlaments wurde das offizielle Schriftstück eingenommen, das den deutschen Protesten, abgeschenkt von dem Salat, gut bekam. Nachdem diese Arbeit getan war, versammelten sich Gastgeber wie Gäste auf der Terrasse des Parlaments. Hier hielt uns F. W. Baier, als Sprecher des Hauses, im Hause der "Mutter der Parlamente" willkommen. John Burns, ehemaliger Arbeiterführer und jetziger Arbeitsminister, sprach nemens der Arbeiterpartei (nicht zu verwechseln mit sozialdemokratischer Partei), ihm folgten L. G. Harvey, der für die Adult School sprach, und Eldester Horne nemens der dreidreihundert Millionen Mitgliedern zählenden Brüderlichkeit-Gemeinschaft, die vor allem den Büllersieden in ihrem Programm vertritt. Im Auftrage der Regierung sandte Lloyd George, der englische Schatzkanzler, ein Begrüßungstelegramm. Nach diesen, den Völkerfrieden betonenden Reden, wurden die deutschen Friedensengel photographiert, um, wie man uns versicherte, das Parlament in den Besitz der Bilder deutscher Arbeitersiedensiedens demonstrieren zu lassen. Mit Hornbläsern geschmückt folgten wir unseren Gastgebern durch alle Räume des Ober- und Unterhauses und weiterhin nach der Westminsterabtei. So interessant das englische Parlament einem deutschen Sozialdemokraten auch wirkte, so wenig konnte er dort sehen und lernen: "Nicht stehen bleiben!" — drohte es in unsern Ohren. — Jahrhunderte alte, zum Teil zerstörte und verbrannte Gesellschafts- und Kulturstätten einige Räume. Die Sitzungssäle des Ober- und Unterhauses sind nach deutschem Begriff klein, die Abgeordneten nehmen auf Stühlen zum Präsidium gestellten einfachen Bänken Platz. Die Bänke des Oberhauses sind gepolstert. Die Rednertribüne befindet sich in der Mitte des Saales.

Die Westminsterabtei bot den Anblick einer Pilgerstätte. Tausende Menschen, jung und alt, groß und klein, arm und reich, strömten ein und aus. Was war dort zu sehen? Ein mächtiges Holzgerüst, das die Skulpturen von 2000 auf 7000 während der Krönungsfeierlichkeiten erhöhte, und lange Geschirr derer, die nicht alle werden. (Fortsetzung folgt)

Die Werftdirektion, stets bemüht, bei den Privatunternehmern nicht anzugeben, schrieb folgenden Brief zurück:

"Danzig den 1912.
An den Magistrat der Stadt Danzig, Städtischer Arbeitsnachweis.
Hier."

Auf das ges. Schreiben vom teilt die Werft ergeben mit, daß in Zukunft Anträge auf Überweisung von Arbeitsträgern mindestens drei Tage vor dem Einstellungstermin an den Städtischen Arbeitsnachweis gelangen werden.
"Kontadmiral."
(Unterschrift unleserlich.)

Bei der Firma suchte die Leitung des Nachweises sich auf folgende Weise zu entschuldigen:

"Danzig den 1912.
An die Firma J. W. Klatwitter.
Hier."

Erwideration auf das Schreiben vom dieses Jahres.

Der Schiffszimmerer N. N. aus D. hatte sich am 28. November 1909 für die hiesige Kaiserliche Werft beworben lassen und wurde, da er sein Geschäft inzwischen nicht durchgezogen hatte, am 12. Juni dieses Jahres derfelben zur eventuellen Einstellung überwiesen. Da das Angebot Arbeitssuchender für die Kaiserliche Werft gegenüber den Einstellungen der selben zeitweise ein recht erhebliches ist, so wird stets ein Teil der Arbeitssuchenden inzwischen andere Beschäftigung für längere oder längere Dauer angenommen haben und sind wir dann bei plötzlich eintretendem Bedarf nicht in der Lage, Recherchen anzustellen, ob und wo die betreffenden Bewerber in Arbeit stehen. Das Unternehmen der Kaiserlichen Werft hat uns doch wiederholter Versicherung, nur Leute einzustellen, die ihre letzte ordnungsmäßige Entlassung beibringen und zur Zeit der Einberufung ohne dauernde Beschäftigung sind.

Weiterungen hierzu sind mir nicht bekannt geworden.

Hochachtend ges. Ewert."

Mit diesem Bescheid gab die Firma sich aber noch nicht zufrieden, denn sie schrieb darauf folgenden Brief:

"Danzig den 1912.
An den Magistrat der Stadt Danzig, Städtischer Arbeitsnachweis.

Auf das geehrte Schreiben vom bedauere ich, mich bei dem mir erzielten Bescheid nicht beruhigen zu können.

Wenn der Städtische Arbeitsnachweis sich für berechtigt hält, alle Leute, die sich etwa aus meinem Betriebe früher, so beispielsweise aus der jüngsten Zeit, während des auf meiner Werft ausgebrochenen Streiks dort gemeldet haben, der Kaiserlichen Werft noch nachträglich noch zuzuwiesen, kann würde tatsächlich mein ganzes Werk unter Umständen von allen Arbeitsträgern entblößt werden. Man wird mir zweifelhaft entgegnen, daß die juristische Mitteilung an meine Leute, sie werden der Kaiserlichen Werft überwiesen, von jenen nicht beachtet zu werden brauchen, wenn sie bei mir Arbeit gefunden hätten. Dazu muß ich bemerken, daß eine Mitteilung von amtlicher Stelle, wie der Städtische Arbeitsnachweis es ist, und die Überweisung an eine Behörde, von vielen Leuten geradezu als eine befürdliche Verfügung, wenn nicht als Beleidigung aufgefaßt wird. So hat sich auch im vorliegenden Falle der Schiffszimmerer N. N. geradezu bei mir erklungen, ob er die eigene Verfügung nachkommen müsse. Von der Erklärung der Kaiserlichen Werft, daß sie Leute nur einsiele, die ordnungsgemäß entlassen sind, wird gar nichts gehalten. Wenn N. N. selbstverständlich das Recht, wie jeder andere Arbeiter, bei mir täglich seine Entlassung zu nehmen, die ihm selbstredend nicht verweigert wird. Wenn dieser Schiffszimmerer nicht selbst so ausrichtig gewesen wäre, mir die Verfügung zu zeigen, dann wäre er einfach meiner Werft auf Grund dieser neuerlichen Verfügung entzogen worden. So sehr ich die Bewilligungen des Städtischen Arbeitsnachweises auf Heranziehung von Arbeitsträgern für die hiesigen Betriebe schaue, so energisch muß ich dagegen Verwahrung einlegen, daß die Heranziehung von Arbeitern in einer Weise in Szenen gesetzt wird, die der hiesigen Privatinstitutionen ihren zeitweilig mit großem Opfer erhaltenen Arbeitserstand verhindert.

Es kann doch unmöglich in der Absicht des Magistrats liegen, die hiesige Privatinstitution durch solche höchst gefährliche Maßnahmen auszögeln zu schädigen, um den Behörden Arbeit zu zuschaffen. Ich meine, daß als erster Grund noch zu gelten hätte, daß Arbeitbedürfnis der behördlichen und privaten industriellen Institute nur durch beschäftigungslose Leute zu decken, nicht aber dem einen Institut die Leute zu entziehen, um sie bei einem andern zu plazieren. Dass hierbei am 1. Januar 1912 auftaucht wird, dürfte dem doch zu weit gehen, denn es ist ja kaum anzunehmen, daß ein im Jahre 1909 um Arbeit Nachsuchender bis jetzt keine Arbeit erhalten und trotzdem immer noch keinen Aufenthalt hier behalten hat. Ich bin überzeugt, daß bei objektiver Prüfung des Vorfalls die Leitung des Städtischen Arbeitsnachweises meiner Reklamation Rechnung tragen wird und bitte ich, unter allen Umständen auf eine Abänderung des jetzigen Verfahrens hinzuwirken, das, wenn es befiehlt bleibt, geeignet ist, die schon an sich höchst ungünstlichen Arbeitsverhältnisse in Danzig noch weiter zu verschärfen.

Zuden ich einem geil. Bescheid entgegenstehe, zeichne ich

Hochachtungsvoll ges. J. W. Klatwitter."

Was die großen Opfer anlangt, so braucht die Firma Klatwitter nicht mehr zu lehren zu renommiert. Es übrigens ist es ja nicht das erste, daß ein Unternehmer glaubt, die Behörden würden so lange wie er pfeift. Allerdings kann das Unternehmen ja zu einem solchen Glauben kommen, wenn die Behörden ihm in jüngerer Weise entgegenkommen, wie es in diesem Falle geschieht.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte.

Am 1. Januar 1913 tritt das Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 in seinem vollen Umfang in Kraft.

Durch dieses Gesetz soll den Angestellten eine über das Recht der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung hinausgehende Versorgung im Falle der Invalidität und höhere Leistungen an ihre Hinterbliebenen gewährleistet werden.

Versicherungspflichtig sind unter der Versicherung, daß sie nicht berufsmäßig sind, nicht über 5000 M. Gehalt besitzen und das sechzigjährige Lebensjahr noch nicht überwunden haben, vom vollendeten sechzehnten Lebensjahr an 1. Angestellte in leitender oder doch gehobener Stellung, 2. nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigte Beamtenangestellte, 3. Dienstleistungsbüro und Geschäften in Apotheken, 4. Bürgern- und Ortsvereinsleiter, 5. Lehrer und Erzieher und 6. geistl. Geistlichen der Kirchenbeamten. Gemeinschafts- und Parteidienstleistungen ebenfalls mit weniger Ausnahmen der Berufserwerbspflicht.

Die Versicherungspflicht kann durch den Bundesrat auf Berufsoberen erfreit werden, die eine ähnliche Tätigkeit wie die berufsmäßigen Berufserwerbsleute auf eigene Rechnung ausüben, ohne in ihrem Berufe Angestellte zu bezeichnen.

Berufserwerbsfrei sind Angehörige vom Staats- und Gewerbebeamten oder Trägern der reichsgesetzlichen Arbeiter- oder Angestelltenversicherung, sofern diese die Ausübung eines Berufs und Hinterbliebenenrente in einem vom Bundesrat festgesetzten Mindestbetrag aufweisen. Die Ausübung darüber, ob eine Ausübung als geistig erachtet wird, trifft für die Reichsbahn und die Träger der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung der Reichsbahn, im übrigen die oberste Verwaltungsbefehlende des Bundesrates, in dem der Betrieb gelegen ist.

Beim Ausüben einer einer berufsmäßigen Tätigkeit wird die Ausübungsfreiheit fortwährend fortgesetzt, wenn mindestens jedes Schengenmonat auf Grund der Versicherungspflicht aufgelegt wird. Sind 120 Beitragssmonate zufließen, dann kann die erworbenen Auswirkungen durch Zahlung einer Auszahlungsgeschäft bis höchstens 3 M. stärker werden.

Für die Berechnung der Beiträge und die Leistungen der Versicherung sind neun Gehaltsklassen gebildet:

Klasse A	bis zu 550 M.
= C von mehr als 550 =	850 =
= D =	1150 =
= E =	1500 =
= F =	2000 =
= G =	2500 =
= H =	3000 =
= J =	4000 =

Die monatlichen Beiträge sind	
in Gehaltsklasse A	1,60 M.
= B	3,20 =
= C	4,80 =
= D	6,80 =
= E	9,60 =
= F	12,20 =
= G	16,60 =
= H	20, —
= J	26,80 =

Bei einem Vergleich des Jahresbeitrages mit dem höchsten und niedrigsten Jahreseinkommen jeder Gehaltsklasse ergibt sich folgendes:

Gehaltsklasse	Mindest- Jahres- einkommen	Höchst- Jahres- einkommen	Jahres- beitrag	Prozentus des jährlichen Einkommens
A	350,—	550	19,20	5,49 8,49
B	550,01	850	38,40	6,98 4,52
C	850,01	1150	57,60	6,78 5,01
D	1150,01	1500	81,60	7,10 5,44
E	1500,01	2000	115,20	7,68 5,76
F	2000,01	2500	158,40	7,92 6,34
G	2500,01	3000	199,20	7,97 6,64
H	3000,01	4000	240,—	8,00 6,00
J	4000,01	5000	319,20	7,98 6,38

Die Beiträge werden je zur Hälfte von den Versicherten und deren Arbeitgebern getragen.

Als Jahresarbeitsdienst gilt bei wöchentlicher Gehaltszahlung das 52fache, bei monatlicher das 12fache, bei vierteljährlicher das 4fache des gezahlten Betrages.

Bis zum vollendeten 25. Lebensjahre kann ein Versicherter in eine höheren Jahresarbeitsdienst übersteigende Gehaltsklasse eintreten, oder unter der Voraussetzung, daß er mindestens 6 Beitragsmonate in der höheren Gehaltsklasse auf Grund der Versicherungspflicht zu gelebt hat, beim Eintritt in eine geringer bezahlte Beschäftigung in der bisherigen früheren Gehaltsklasse verbleiben.

Im Gegensatz zu den Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung wird nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte Ruhegeld (so werden die Leistungen an die Versicherten genannt) schon beim Vorliegen der Voraussetzung, daß es möglich ist gewährt. Diese liegt vor, wenn die Arbeitsfähigkeit des Angestellten auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten von ähnlichiger Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist.

Des Weiteren wird Ruhegeld auch bei Vollendung des 65. Lebensjahrs gewährt, also nicht, wie die Altersrente bei der reichsgelehrten Invalidenversicherung, erst nach Vollendung des 70. Lebensjahrs.

Außerdem werden gewährt Witwen-, Waisen- und Witwerrenten. Für den Bezug der Witwerrente ist nicht, wie nach der Reichsversicherungsordnung erforderlich, daß die Witwe arbeitsfähig ist. Waisenrente erhalten die ehelichen Kinder eines männlichen und die wortlosen (auch die unehelichen) Kinder unter 18 Jahren einer weiblichen Versicherten.

Sind die versicherte Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes den Lebensunterhalt der Familie ganz oder teilweise aus ihrem Arbeitsverdienst bestreiten, dann steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Witwerrente zu, ebenso, solange Bedürftigkeit vorliegt, dem Mann Witwerrente.

Außerdem dienen Leistungen kann Heilsverfahren gewährt werden. An die Angehörigen des in einer Heilstätte untergebrachten Versicherten wird ein Haushalt gewährt. Dieses beträgt mindestens $\frac{1}{2}$ des zuletzt gezahlten Monatsbeitrages.

An die Stelle der Renten können unter Umständen Sachleistungen Unterbringung in ein Invaliden- oder Waisenhaus u. Ä. treten.

Die für den Bezug von Renten erforderliche Wartezeit beträgt für männliche Rentner 120, für weibliche 60, für Hinterbliebenenrenten 120 Beitragssmonate.

Bei weniger als 60 Beitragssmonaten auf Grund der Versicherungspflicht beträgt die Wartezeit beim Ruhegeld für weibliche Rentner 90, im übrigen 150 Beitragssmonate. Die Anwartschaft erlischt, wenn noch dem Kalenderjahr, in dem der erste Beitragssmonat zurückgelegt worden ist, innerhalb der zwanzig folgenden zehn Kalenderjahren weniger als acht und nach dieser Zeit weniger als vier Beitragssmonate während eines Kalenderjahrs zurückgelegt worden sind oder die Zahlung der Anwartschaftsgegenleistung überstanden ist. Sie steht wieder an durch Rückzahlung der rückständigen Beiträge im folgenden Kalenderjahr oder durch Stundung.

Als Beitragssmonate werden Zeiten militärischer Dienstleistungen, vorübergehende, mit Erwerbsfähigkeit verbundene Krankheiten und zum Bezug einer sozialen Rente aufgewandte Zeiten zugerechnet.

Das Ruhegeld beträgt nach Absatz 1. 120 Beitragssmonaten $\frac{1}{2}$ der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und $\frac{1}{2}$ der übrigen Beiträge. Das niedrigste Ruhegeld beträgt demnach nach 120 Beitragssmonaten, die alle in Klasse A zurückgelegt sind, 48 M., das niedrigste in Klasse J 7,28 M. jährlich.

Reichliche Rentner erhalten nach Absatz von 60 Beitragssmonaten und der Vollendung von 120 Beitragssmonaten als Ruhegeld $\frac{1}{2}$ der in den ersten 60 Beitragssmonaten geleisteten Beiträge.

Die Witwen- und Witwerrente beträgt zwei Fünftel des dem Rentner zur Zeit seines Todes oder bei Berufsunfähigkeit zugehörenden Ruhegeldes. Waisen erhalten je ein Drittel. Doppelwaisen je ein Drittel des Betrages der Witwerrente. Die niedrigste Witwerrente beträgt in Gehaltsklasse A 19,20 M., die niedrigste in Gehaltsklasse J 3,19 M. jährlich.

Beim Ableben einer weiblichen Versicherten kann eine Beitragszahlung fortsetzen, an deren Stelle kann auch eine lebenslängliche Rente eingesetzter entweder an den Ehegatten, die Kinder, den Sohn, die Tochter oder die Geschwister, wenn sie mit der Versicherten zur Zeit ihres Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt oder ihre Unterhalt seitdem durch die Versicherte bestritten worden ist, treten.

Beitragszahlung ist nach möglich beim Anstreben einer weiblichen Versicherten aus der Berufsunfähigkeitsbeschäftigung nach Absatz der Rente für das Ruhegeld infolge Berufsunfähigkeit.

An die Stelle der Beitragszahlung, der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Rente wird die Anwartschaft erlischt, wenn die Versicherung einer Lebendigen an weibliche Rentner. Witwen- und Witwerrente fallen bei der Wiederberichtigung weg. Witwen erhalten eine Abflutung in Höhe des dreifachen Jahresbeitrages ihrer Rente.

Witwerrente fällt weg bei Erreichung des 18. Lebensjahres oder bei Beleidigung.

Ruhegeld wird entzogen beim Weißfall der Berufsunfähigkeit.

Reiner Renten aus der reichsgesetzlichen Arbeiterverjährung und reiner Gehalt, sofern er langlebig Einschlüsse aus gewissmässigem Berufsunfähigkeitsrecht das Ruhegeld, sofern sämtliche Beiträge oder Ruhegeld und einer der genannten Beiträge zusammen den Jahresarbeitsdienst übersteigen, der dem Durchschnitt der 60 höchsten monatlichen Beiträge entspricht.

Die Hinterbliebenenrenten richten beim Übertragen von sechs Zehntel der einzelnen Beiträge.

Gemeinden oder Armenverbände können Ansprüche auf Erfüllung des von ihnen Geleisteten erheben.

Streitigkeiten oder Ersatzansprüche werden im Verwaltungsstreitverfahren oder durch die vorgesetzte Aufsichtsbehörde entschieden.

Träger der Versicherung ist die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin.

Organe der Reichsversicherungsanstalt sind das Direktorium, der Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse und die Vertrauensmänner.

Das Direktorium besteht aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl beamter Mitglieder, sowie aus zwei Vertretern der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber.

Die nichtbeamten Mitglieder des Direktoriums

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Koblenz:

Der Heizungsmechaniker Franz Kirchner, geb. am 27. Juli 1883 zu Ober-Gladbach, Buch-Nr. 1913558, wegen Nichtbeachtung von Befehlslagen (Sperrerebruch).

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Osterode a. Harz:

Der Metallarbeiter Louis Heinrich, geb. am 9. Juli 1886 zu Osterode, Buch-Nr. 270260, wegen Erfüllung seiner Verpflichtungen betreffend die Lofakasse.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rendsburg:

Der Schlosser Johann Barenburg, geb. am 25. August 1882 zu Gelsenkirchen, und der Kesselschmied Julius Kaufmann, geb. am 24. Oktober 1869 zu Mülhausen, wegen Nichtbezahlung ihrer Logisgutschriften.

Auf Beschluss des Vorstandes:

Der Formier Alfred Wycisk, geb. am 26. Juni 1892 zu Bienna, Buch-Nr. 393230, wegen seiner Verpflichtungen im Meissen.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Altestrasse 16a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Störmer, Stuttgart, Altestrasse 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wosür das Geld vereinbart ist.

Mit kollegalem Gruss

Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. August 1912 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Bon Aachen 1622,60 M. Altdötting 130. Altwasser 600. Anna-berg 350. Aspach 800. Arnstadt 700. Auren 100. Aßschau-berg 1000. Aschersleben 1200. Auerbach 100. Augsburg 5343. Augsburger 800. Baden-Baden 100. Bamberg-Elbersfeld 5000. Barth 200. Bauken 2400. Bendorf 100. Bergedorf 800. Berlin 6000. Bernburg 1000. Bielefeld 15 000. Bischofswerda 300. Blanckenburg a. S. 400. Boden 1100. Braunschweig 6000. Bremen 6000. Bremerhaven 10 000. Brigg 200. Bunsdorf 800. Burg 250. Burgstädt 600. Celle 600. Chemnitz 60 000. Crimmitschau 2000. Danzig 2000. Darmstadt 2500. Dassel 200. Delmenhorst 280. Dippoldiswalde 250. Döbeln 1200. Dresden 21 000. Duisburg 1300. Düsseldorf 5000. Ebersbach 500. Ebingen 180. Edigheim-Dippau 350. Eilenburg 500. Elsnützen-Nordhemm 800. Elsenberg 250. Elsterhorn 500. Elsterwerda 1000. Enden 800. Erfurt 4000. Er-rlangen 700. Eschwege 28,33. Fechenheim 400. Fürstenwalde 1600. Forst 1350. Frankenbergs 300. Frankenthal-Worms 2600. Frankfurt a. M. 18 000. Freiburg i. S. 600. Freising 200. Fürstenberg a. O. 100. Fürstenwalde 1600. Furtwangen 200. Gosen 650. Geisbach 300. Geislingen 500. Gera 8500. Gießen 800. Glashausen 700. Gladbach 150. Goldlauter 600. Golzern 300. Göppingen 3000. Götzsch 500. Gotha 1200. Göttingen 450. Greiz 500. Großjäsch 1100. Großenhain 900. Großschönau 300. Grüna 1200. Grünberg 500. Hadersleben 100. Haldensleben 250. Halberstadt 500. Hameln 800. Hamm 3000. Hanau 252. Hatzburg 3200. Herzogenrath 600. Heidenhain 2000. Höhronn 3000. Helmstedt 400. Hilleshagen 2800. Hirschberg 850. Höchstädt 1600. Höhenstein-Ernstthal 700. Ingolstadt 200. Herford 3500. Ichhöhe 250. Jena 3000. Kamen 200. Kassel 8500. Kiel 13 000. Koblenz 150. Königshütte 300. Konstanz 100. Koswig 200. Kotbus 500. Kreisfeld 2400. Küstrin 200. Lägerdorf 100. Lam-recht 300. Landsberg a. R. 100. Landsberg a. W. 400. Lands-berg 450. Langenbretteln 200. Lauf 300. Leipzig 10 000. Leisnig 200. Limbach 1200. Lörrach 200. Lübeck 3500. Lüdenscheid 2400. Lüdenscheid 6000. Ludwigshafen 3000. Lügau 500. Lüneburg 500. Mainz 6000. Mannheim 20 000. Mar-krankstadt 550. Marktredwitz 500. Martinianstadt 200. Meerane 600. Memmingen 100. Merseburg 3400. Meß 200. Meuselwitz 800. Miesbach 190. Minden 400. Mittweida 600. Müglitz 9000. Mühlhausen 1. Thür. 1100. Mühlhausen 1. Els. 800. Mühlheim a. Rhein 5000. München-Gladbach 800. Münster 200. Naumburg 100. Neisse 100. Neugersdorf 1200. Neumarkt 200. Neumünster 800. Neusalz 100. Neustadt 1. S. 400. Norden 100. Nordhausen 1500. Nossen 200. Novomes-Potsdam 2000. Nürnberg 27 000. Oberndorf 300. Oberstein 600. Oederan 200. Ohrdruf 100. Obernhau 500. Obersleben 500. Osterholz-Scharmbeck 400. Osterode 400. Osthofen 350. Peitz 300. Peine 1000. Penig 500. Penig 100. Pforzheim 5000. Pfungstadt 370. Plauen 8000. Posen 500. Prenzlau 200. Ries 400. Radeberg 1600. Radolfzell 200. Rast-ghausen 200. Röbel-Müritze 300. Regensburg 400. Reichenbach 500. Reutlingen 1200. Riesa 3200. Rochlitz 100. Rothenheim 100. Rothau 800. Rudolstadt 200. Saalfeld 2500. Sangerhausen 700. St. Georgen 150. Siegen 350. Solingen 10 000. Sommerda 400. Sprottau-Malmitz 500. Suhl 3500. Stein-münder 200. Schmalzalde 800. Schmiedeberg 1800. Schmölln 300. Schönebeck 2400. Schöningen 800. Schramberg 300. Schwabach 1000. Schwarzenbach 100. Schweißnitz 800. Schleiz 200. Stendal 390. Stettin 10 000. Straßburg 4000. Stuttgart 41 200. Thorn 130. Tilsit 350. Tönning 200. Torgau 350. Torgelow 1800. Trier 100. Tübingen 200. Tuttlingen 2000. Ulm 600. Uelzen 140. Uetersen 250. Varel 600. Weimar 600. Weissen-fels 300. Werder 200. Wilhelmshaven 4000. Wismar 500. Witt-annen 2500. Wittenerberg 1200. Wittenhausen 80. Wittenbüttel 1750. Würzen 2500. Zabrze 200. Zerbst 600. Zeulenroda 1500. Zittau 2400. Zwicke 9000. Stuttgart (Einzelmitglieder) 250. Für Erbsab-bücher 70,80. Sonstige Einnahmen 59 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Ein-sender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vor-stehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Abstände so-fort an uns zu berichten.

Der Vorstand.

Zur Beachtung! + Zugang ist fernzuhalten:

von Bajouteriearbeitern (Gässer, Finierer, Ringmacher und Hilsdarbeiter) nach Eßlingen (Firma Hüttenlocher) Str.;

von Drahtziehern nach Köln-Ehrenfeld (Firma Wahns) R.;

von Drehern, Maschinenarbeitern, Schlossern usw. nach Arnstadt (Firma R. Ley) D.; nach Kaldenhausen (Firma G. Höhr) D.;

nach Pilsen (Slobawerke) D.;

von Elektromonteurern nach Dänemark, L.; nach Freiburg i. Br., L.; nach Schwerin;

von Feilensbauern und Feilenschleifern nach Hohenstein-Ernstthal (Firma Brückner); nach Kalk-Hohenberg bei Köln (Feilensfabrik G. Lang) M.;

von Formen, Giehereiern u. Kernmacheru nach Aachen M.; nach Arnstadt (Firma W. Renger & Co.) M.; nach den Kreisen Hagen und Schwelm; nach München-Gladbach (Firma Gebrüder Rembold) D.; nach Niederösterreich, St.; nach Reichenberg i. Böhmen (Firma Ch. Linser, Metallwarenfabrik) R.; nach Solingen (Firma R. Rautenbach) D.; nach Witten (Amener Gußstahlwerk) D.;

von Gold- und Silberarbeitern, Pressern, Fiselenuren und Hilsdarbeitern nach Eßlingen (Firma Hüttenlocher) St.; nach Liegnitz (Firma Sandig & Co.); nach Norwegen, v. St.; nach Dänemark, L.;

von Graueuren nach Eßlingen (Firma Hüttenlocher) St.; nach Liegnitz (Firma Sandig & Co.);

von Hartgummiaarbeiten nach Berlin (Firma Matthaeus);

von Klempnern aller Art u. Installateuren nach Bochum, St.; nach Herford, St.; nach Iserlohn, St.

von Kupferschmieden nach Annaberg; nach Crimmitzschau, St.; nach Herford, St.

von Metallarbeitern aller Branchen nach Altwasser (Fürstensteiner Gruben) M.; nach Apenrade (Kleinbahnwerft) M.; nach Belgrad (Firma Gebr. Gogovac, Maschinenfabrik) St.; nach Brunsbüttel (Fa. Holzmann) St.; nach Budapest (Ganz & Co., elektrotechnische Fabrik) D.; nach Düsseldorf (Fa. Gebr. Inden, Fittingswerk; Bönsle & Co., Fittingswerk; Stahlwerk Delsing Aktiengesellschaft) v. St. (Fa. Phoenix, Altmünges, Adenauer) St.; (Oberbilker Stahlwerk A.G.) D.; nach Freudenstadt (Firma Gebrüder Schmidt) D.; nach Göttlingen; nach Herford (Firma Fleisch, Maschinenfabrik und Eisengießerei) St.; nach Herzberg bei Osterode (Oster Eisenwerk Franz & Co.) D.; nach Lautingen bei Augsburg (Firma Kädel & Böhm) D.; nach Ludwigshafen (Firma Zimmermann) St.; nach Mainz 8 (Firma Iltieabolaget Thule) St.; nach Meiningen (Firma Hermann Lampert Nachf.) St.; nach Nesseldorf in Mähren, St.; nach Nienhöfen (Maschinenmesser, W. F. Klingenberg Söhne) St.; nach Teplice i. Böhmen (Fa. Hirschbach) St.; nach Thale (Eisenhüttenwerk) St.; nach Tübingen-Derendingen (Firma Burster & Seiler) D.; nach Wels i. Österreich (Firma Titan) St.; von Metallschlägern nach Detmold, D.; von Schlefern nach Eisleben (Firma Honsel) D.; von Schlossern (Bau- u. Maschinenschlossern) nach Arnstadt (Firma R. Ley) D.; nach Bern v. St.; nach Hamburg (Firma Hende & Huppert) D.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die über-haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Ausprägung; D.: Differenz; M.: Maß-regelung; Mi.: Mißstände; St.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Ver-hängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitssuchnahme in Orten, wo keine der obigen An-lässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abzurufen zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, sollte man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle, die die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Elektromonture.

Freiburg i. Br. Vor einiger Zeit ging es bei den heisigen Elektromonturen an zu gären, die Kollegen jüngern an, sich über ihre wirtschaftliche Lage zu unterhalten und schlossen sich nach und nach dem Verbande an. Die Ursache zu diesem Vorgang war in den meisten Fällen in der niederen Entlohnung zu suchen, wozu dann noch kam, daß bei vielen Firmen Prozente für Nebenstunden ein unbekannter Begriff waren und auch die Zusagen bei Montagen völiger Willkür unterworfen waren. Die Firma Jung zum Beispiel machte für ihre Monture, die sie auswärts hatte, das billigste Stoffhaus aus, das sie finden konnte. Verlangte einmal ein Wirt einen angeständigen Preis, so verschlug sich die Gesellschafter und der Monteur bekam eine Zulage von 2 M. den Tag und konnte zusehen, wie er fertig wurde. Dabei ist dies eine streng „feindselige“ Firma. Bei einer andern Firma wurden den Monturen wieder Zusagen ver- brochen, nachher aber nicht ausgezahlt; kurz und gut, alle diese Vor-kommnisse, wozu zum Teil noch schlechte Behandlung kam, brachten es mit sich, daß die Kollegen nun zu der Überzeugung kamen, nur durch ein organisiertes gefülltes Vorgehen sei es möglich, die wirtschaftliche Lage zu verbessern. In verschiedenen Versammlungen wurde zu der Sache Stellung genommen und am 11. August be-schlossen, den 14 in Betracht kommenden Firmen Forderungen zu unterbreiten. Es wurde durch eine Statistik festgestellt, daß sich die Löhne der Monture zwischen 32 bis 44 L. und die der Helfer zwischen 30 bis 40 L. bewegten. Durch die den Firmen unterbreiteten Forderungen wurde verlangt, daß die Löhne der Monture und Helfer montieren sollten, um 4 L. sind, um 4 L. höher und um 3 L. aufzubefestigen. Für die Helfer wurden 3 L. Lohnauf-befestigung verlangt. Des weiteren wurden an Auslösung verlangt: Montagen mit Nebenstunden 2,50 M., Montagen ohne Nebenstunden, wo der Arbeiter nicht zum Mittag heimkommen kann, 1 M., sonstige Montagen 50 L. täglich. Dann weiter die Bezahlung der Nebenstunden mit 25 Prozent für die ersten zwei Stunden und 50 Prozent für die weiteren Stunden, ferner für Nacht- und Sonntagsarbeit. Dann sollten Einstellungsätze für Monture, Helfermonture und Helfer vereinbart werden, um endlich einmal zu einer besseren Bezahlung zu gelangen. Diese von der Organisation eingerichteten Forderungen haben auf die Mehrzahl der Firmen gewirkt, wie auf den Eltern ein roter Lappen. Die Antworten der einzelnen Firmen waren nach verhüllten Mustern gehalten. Sie seien bereit, mit ihren Leuten selbst zu verhandeln, müßten aber die Einmischung dritter Personen ablehnen. In der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 43 von 1910 ist ja der Urteil der Antworten enthalten, den die dem Verbande der Installationsfirmen von Deutschland angehörer Firma dem Deutschen Metallarbeiter-Verband erteilen sollen. Ob der Geschäftsführer dieses Verbandes damit den Mitgliedern den richtigen Rat erteilt hat, ist nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen zu be-weisen. Trotz der ablehnenden Briefe wurden nun doch die einzelnen Firmen besucht und in den meisten Fällen war eine Aus-sprache auch möglich. Die Herren jammerten in den höchsten Tönen über die Konkurrenz der großen Firmen, dann über die Begehrlichkeit der Arbeiter, über deren Verhalten und Unfähigkeit. Sie be-dachten aber nicht, daß sie sich damit in den meisten Fällen selbst ins Gesicht schlugen. Möglich ist es ja, daß die Lehrlinge, die während der Lehrzeit mit Handwagnenfischen beschäftigt werden, nicht allzu viel lernen, die Schuld daran haben aber nicht diese. Gestagt wurde dan: über die schlechten Zeiten und über die geringe Bezahlung bei Montagen, die Herren erklärten, daß sie selbst nur pro Stunde 80 L. erhalten und deshalb doch keine Zusagen bei Montagen zahlen könnten. Da glauben wir nun, daß der Sekretär des Unternehmensverbands ein dankbares Feld seiner Tätigkeit gegeben würde, wenn er hier dafür sorgen würde, daß einheitliche Bezahlung bei Montagen herbeigeführt wird, als bei selten schwierischeren Tätigkeiten. Einer der Herren erklärte, die Monture würden im Kreisgaue Land von der Kundschaft so gut belohnt, daß es geradezu Liebhaber wäre, wenn die Leute noch obendrein Zusagen verlangen würden. Dabei wurde aber gerade bei dieser Firma festgestellt, daß in verschiedenen Fällen, wo die Kundschaft erklärte, wenn unsere Arbeit gut ausgeführt wird, bekommen die Leute bei uns alles, der leitende Ingenieur gesagt hat: „Dies ist gar nicht nötig, die Leute werden gut bezahlt.“ Dies ist Theorie und Praxis. Am gleichen Tage, wo diese Verhandlungen stattfanden, waren auch die Firmen aus dem Zusammenkommen, und als wir nun am andern Tage nochmals die einzelnen Firmen aufsuchten, waren die Herren plötzlich alle bereit. Damit war der Weg zu friedlichen Verhandlungen durch die Schuld der Herren unterbunden und die Riederelegung der Arbeit erfolgte bei den Firmen, wo eine Kündigung nicht notwendig war, bei den übrigen Firmen erfolgte die Kündigung. Niedergelegt wurde die Arbeit bei der Firma Heinrich & Siemens-Schuckert, bei der Firma Gebrüder Rembold, bei der Firma Gebrüder Sandig & Co.; nach Norwegen, v. St.; nach Dänemark, L.;

von Graueuren nach Eßlingen (Firma Hüttenlocher) St.; nach Liegnitz (Firma Sandig & Co.); von Hartgummiaarbeiten nach Berlin (Firma Matthaeus); von Klempnern aller Art u. Installateuren nach Bochum, St.; nach Herford, St.; nach Iserlohn, St. von Kupferschmieden nach Annaberg; nach Crimmitzschau, St.; nach Herford, St.

übrigen Punkte durch nachfolgendes Schriftstück geregelt: „Wir teilen hierdurch mit, daß wir spätestens bis 1. Oktober eine neue Arbeitsordnung aufstellen und vor der Drucklegung dieser Arbeitsordnung mit einer Monteurkommission vor den Leuten durchsprechen werden. In dieser neuen Arbeitsordnung werden wir den leitenden und vollständig selbständigen Monteuren eine Lohnzulage von 2,50 M. und gewährten. Ferner für Arbeiten in einer Entfernung von 3 bis 5 Kilometer vom Geschäft, wo tägliche Fahrt und Rückfahrt möglich, der Arbeiter aber nicht zum Mittagessen heim kann, 1 M. Zulage pro Tag gewähren. Weiter werden wir in dieser neuen Arbeitsordnung feststellen, daß für Nebenstunden, welche auf unsere Veranlassung geleistet werden, bis zu zwei Stunden täglich 25 Prozent, für die weiteren Stunden 50 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn vergrößert werden. Für Nachtarbeit und Arbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen werden 50 Prozent Zuschlag zum Stundenlohn vergrößert. Die Lohnberechnung und Lohnauszahlung wird wie bis-her wöchentlich sein. Freiburg i. Br., den 28. August 1912. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Installationsbüro Freiburg, ge-sch. Klemm, gen. Schulz.“ Damit war bei dieser Firma der Streit erledigt, nachdem schon vorher bei der Firma Hettich die Differenzen auf der gleichen Grundlage beigelegt wurden. Bei den anderen Firmen soll nun der Versuch gemacht werden, die gleiche Regelung zu finden. Die Kollegen haben durch ihre Zusammenhalten einen schönen Erfolg errungen, es liegt an ihnen, dies auch hochzuhalten. Wohl mußte die Forderung auf Einstellungsätze zurückgezogen werden, doch steht fest, daß auch diese Forderung, wenn die Kollegen treu zur Fahne halten, gelegentlich wird, wie wir annehmen können, dann sogar ohne Kampf durchgesetzt wird. Von verschiedenen Firmen wurden Versuche gemacht, die Einigkeit der Kollegen zu durchbrechen, indem den einzelnen Kollegen Lohnabschüttungen und ein guter Titel versprochen wurden. Dies scheiterte aber an der Einsicht der Kollegen, die sich sagten, daß sie trotz der verschiedenen Bezeichnungen doch alle unter dem gemeinsamen Druck zu leiden haben. Wählt diese Einsicht stand, dann ist aus für die Zukunft zu erwarten, daß Beruhigungsversuche vergleichbar sind. Leider halten auch bei dieser Bewegung wieder einzelne Kollegen Verrat an der Allgemeinheit, gelingt und auch hier zeigt sich, daß Streitbruch in den seltensten Fällen aus Not stattfindet, doch vielmehr die Freunde um Verrat die Freude haben. Der Streit der Elektromonture ist bei der A.G.E. bei Siemens-Schuckert, bei der Eßlinger Maschinenfabrik, bei der Mannheimer Privattelephon-Gesellschaft und bei der Firma Leber ist aufgehoben, alle übrigen Firmen bleiben noch wie vor gezeigt. Die Kollegen haben gesehen, daß durch die Organisation eine Verbesserung ihrer Lage möglich war. Halten sie die Organisation hoch, so legen sie die Kollegialität weiter, so wird über kurz oder lang das noch schwelnde erreicht werden können. In der Stärke der Organisation liegt die Gewähr für kommende Erfolge, mögen sich dies unsere Kollegen der elektrischen Installationsbranche nicht nur in Freiburg, sondern auch in allen anderen Orten dauernd ins Gedächtnis sch

Kommission wollte man jedenfalls die „Christenstärke“ demonstrieren, um auf diese Weise die Wiedereinstellung zu erzielen. Ob dies nun erreicht wird, muß noch abgewartet werden. — So läuft das große Rennen der Christen gegen die Firma Schmöle & Co. wie das Hornberger Schlecken aus. Es ist ja sehr schmerzlich für die wackeren „Christen“, daß solche Terrorismusfälle von den Unternehmern nicht besser gewertet werden, wo bleibt da die Harmonie jüdischen Unternehmern und „christlichen“ Arbeitern? Und besonders: wie wollen die christlichen Tafelgäster ihren Glanz ersetzen lassen gegenüber anderen Organisationen? — Dieser Vorfall zeigt so recht, was wir von dem wiederkehrenden Terrorismusgeschrei der Bentumsgewerkschaften zu halten haben.

Kroffen a. D. Bei der Firma Körner, Metallwarenfabrik G. m. b. H., sind von der Betriebsleitung schon wiederholte Versuche gemacht worden, die ohnehin schlechten Verdienste der Arbeiter noch mehr zu drücken. Die Metallschleifer erhalten Löhne, die zwischen 25 und 32 Sch. in der Stunde schwanken. Jetzt sollen die Schleifer in Alsfeld arbeiten, und zwar zu Preisen, bei denen sie die bis- herigen Stundenlöhne noch nicht einmal erreichen können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es wegen dieser Alsfeldelternierung bei der Firma zu Konflikten kommen wird und die Firma durch Inserate Schleifer sucht. Es sei deshalb vorher schon auf die "horrenden" Löhne und Alsfeldpreise, die die Firma zahlt, hingewiesen. Zu bemerken ist noch, daß die Firma Schleiferarbeiten in Räumen verrichtet läßt, wo keinerlei Ventilation, wie sie vorgeschrieben ist, vorhanden ist. Und das geschieht, trotzdem die Gewerbeinspektion der Firma das Schleifen in diesen Räumen untersagt hat.

Stuttgart und Umgebung. Bei der Firma Otto Schmid, Drahtseilmaschinenfabrik in Feuerbach, werden die Arbeiter vorwiegend durch rigorose Maßnahmen in Unruhe gehalten. Der Betrieb besteht seit drei Jahren und es ist dort nur noch ein Arbeiter beschäftigt, der es die kurze Zeit von drei Jahren bei dieser Firma aushalten konnte. Im August 1910 wurde ein Vertragsvertrag gewahrt und seitdem geht es fort, wie an einer Kette, daß die Arbeiter die „Liebenwürdigkeiten“ des Herrn Schmid und seines Meisters Wirth dulden müssen. In letzter Zeit hat sich nun auch noch zu diesem Überfluß ein Dritter eingefunden, der glaubt, über die Arbeiter seine Hölle auszüchten zu müssen. Diesmal ist es ein Kaufmann namens Werner. Infolge der Altersregulierungen, denen wir uns nicht entgegenstellen wollen, weil die Firma eine endete Arbeitsmethode eingeschafft hat, haben jetzt schon zwei der ältesten und wichtigsten Arbeiter den Betrieb verlassen müssen. Zum legten Fall haben noch 6 Dreher die Arbeit niedergelegt, weil sie eine solche Altersregulierung nicht mitmachen wollten. Es ist aber auch typisch, wie von der Firma bei den Regulierungen (Abzügen) vorgegangen wird. Wir wollen hier einen Fall genauer betrachten: Ein Arbeitsstund wird aus technischen Gründen geändert und erfordert eine Mehrarbeit. Der Altkord wird von verschiedenen Arbeitern dreimal gemacht und keiner von diesen kommt auf seinen durchschnittlichen Altkord verdient. Die Firma jedoch erhält, unter keinen Umständen mehr für dieses Stück zu bezahlen. Die Arbeiter verlassen infolgedessen den Betrieb. Der Altkord wird jetzt von einem neu eingetretenen Arbeiter gemacht, jedoch auch dieser kann nichts verdienen, er kommt auf 50 S. die Stunde. Dabei ist dieser Arbeiter ein sehr wichtiger Dreher, der schon längere Zeit einen Posten als Drehermeister versehen hat. Zudem geht die Firma von ihrer Ansicht nicht ab, daß der Altkord zu schlecht bezahlt ist. Die Arbeiter werben es aber fertig bringen, diesem Altkord in einem Ende zu beitreten und auch Herrn Schmid und seinen Adjutanten zeigen, daß der Arbeiter ein Recht hat, bei der Auseinandersetzung von Altkorden ein Wörtchen mitzureden. Fall unglaublich ist es, daß ein Mann, der aus ganz kleinen Verhältnissen emporgelangt ist, solche rücksichtlose Ansichten hat, wie sie Herr Schmid fortwährend offenbart. Den Arbeitern wurde vor einiger Zeit zugemutet, eine Arbeitsordnung anzuerkennen, die an Rücksichtslosigkeit und Rigorosität alles Dagereferene in den Schatten gestellt hätte. Doch ist es gelungen, dieses Monstrum durch Eintrümpfung abzuwehren. Wir möchten Herrn Schmid und seinen Aufsichtspersonen zum Schluss empfehlen, die Rechte der Arbeiter nicht mehr so mit Füßen zu treten, wie dies in letzter Zeit der Fall gewesen ist. Die Arbeiter haben es satt, unter diesen Verhältnissen bei der Firma Schmid ferner noch zu arbeiten.

Suhl-Mehlis. Mitte August legten die Lackierer der Schreinerei im alten Gesellschafter Metz des Mehlis die Arbeit nieder, weil verschiedene Alfordjäke um 20 bis 50 Prozent gefürtzt und so einige Lackierer einen Lohnausfall von 1,30 bis 2,50 M pro Woche erlitten hätten. Trotzdem fühlten sich einige der für Staat und Gesellschaft so nützlichen Elemente daran, die die Pläne der ausständigen Lackierer einnahmen, mühte die Direktion doch bald erkennen, daß mit solchen Kräften der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden könnte und sperrte daher zirka 150 Mann wegen Arbeitsmangel aus. Diese beschlossen dagegen, nicht früher in den Betrieb wieder einzugehen, bis alle Differenzen, voraussichtlich die mit den Lackierern, zu aller Zufriedenheit geregelt seien. Ein weiterer noch im Betrieb stehender Teil der Kollegen legte mit derselben Begründung die Arbeit nieder. Nunmehr suchte die Firma durch den Industriellenverband mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verhandeln. Die erste Besprechung fand zwischen einem Vertreter der Unternehmerorganisation und unserem Geschäftsführer am Mittwoch den 21. August in Arnstadt statt und es wurden bei dieser Gelegenheit weitere Verhandlungen auf Freitag den 23. August im Betriebe der Firma selbst vorbereitet. Darauf nahmen außer der Direktion und einem Vertreter der Unternehmerorganisation eine Kommission der Lackierer, der Bezirksleiter und der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes teil. Nach längerer Verhandlung wurde folgendes beschlossen: „Die bisherigen Alfordjäke haben zunächst in Kraft. Die Firma stellt einen Brenner ein, der zugleich die Leisen erspart. (Hierdurch werden die Lackierer in Höhe des angemessenen Abzugs entlastet.) Vier Wochen nach dem Tage des Arbeitsantritts des Brenners werden die Alfordjäke auf die jetzt festgelegte neue Höhe reduziert. Entloht die Firma den Brenner, so treten die alten Alfordjäke wieder in Kraft. Die ausständigen Arbeiter nehmen ihre Arbeitsplätze nach Verhältnis der Wiederaufnahme des Betriebes ein. Abregelungen unterbleiben beiderseits.“ Eine Verhandlung der Streitenden endete sich mit den Vereinbarungen einverstanden; die Arbeit wurde zu den obigen Bedingungen am Montag den 26. August wieder aufgenommen. Nicht alle fanden sofort wieder eingestellt werden, doch soll deren Einstellung innerhalb oft bis zehn Tagen erfolgen und es führen beträchtliche Arbeitsschläge nicht eingesetzt werden. Die während des Streits in der Lackiererei eingesetzten „Königlichen“ sollen im Betriebe untergebracht werden. Richtig möglich endete jedoch der Herr Direktor, doch in der Lackiererei behalten zu wollen. Einer dieser beiden ist auch eigenen Angaben im „Hilfsliefer“-Verband organisiert. Soll der Arbeitnehmer zu ihrem Rechte gekommen, so können einige Vertreter der Fabrik den Betriebsaufstand nur so sehr bestreichen zu wollen. Zu groß sei sonst geplagt der Sozialer, die Herren würden sich zu dessen einen Beispiel der Arbeiterschlußtugend genügen lassen und nicht mit dem Feuer spielen. Die Arbeiterschlußtugend aber aus diesem Grund nicht 14 Tage währenden Faust die Lehre ziehen, daß eine große Organisation die beste Gewalt für Erhaltung gerechter Arbeitserfolgsleistung ist und ihre Organisationen im offenen Betrieb herstellen müssen.

Werklein. (Hirsch-Dunderjohes.) Wir müssen nun, noch etwas warten, einmal wieder mit den hiesigen Gewerbevereinen besprächen. Sind doch endlich der Schreinergau bei der Hohen Warteiner Graben- und Hüttenswerke, der Eisenhauer Wittenbergs, Sachsenen zufolge geziert, die wohl überall wichtig sind. Bei dieser Besprechung sind unter anderen auch die Veränderungen der Gewerbeordnungen für einige Städte nicht beschlossen worden. Um nun doch etwas zu erreichen, machen die Gewerbe unter sich eine Schenkungsleistung, indem sie ihnen dem gewerbführer zweier Prozent abzogen und ihm gelegten, was alle 14 Loge 4 L ausmacht. Siehe werden jedoch noch nicht zu wissen, wieviel wir uns organisieren, denn jetzt können sie ja nicht auf den Sängern berechnen, anstatt von der Hohen Warteine besprochen. Auch ist den Gewerbevereinen zu empfehlen, sich nicht so engstellt gegen ihre eigenen Kollegen zu befleißigen. Und in diesen

leisfern da zwei Gewerksvereiner bei den halben Achsenbrechern großartiges. Diese haben es schon fertig gebracht, daß sie ihren Abkömmlingen (einem von uns, einer ist Gewerksvereiner) die angeschlagenen Achsen ohne weiteres festschnüren und fertig drehen. Und dieses geschah noch von einem Ausschußmitglied dem Vorstehenden des Ortsvereins Suttorp gegenüber. Auch diese beiden können sich rühmen, ein neues System zu Lohnausbeutungen gesunden zu haben, gerade so wie die „christlichen“ Drahtarbeiter in Hamm. An diesen beiden Beispielen bewahrheitet sich ja recht das Wort: „der größte Feind des Arbeiters ist der Arbeiter selbst“. Über die Betreibung im allgemeinen ist zu schreien, daß, wenn von vornherein mehr Ernst bei der Sache gewesen wäre, sich wohl noch mehr hätte erreichen lassen. Sind doch Stundenlöhne von 38,- für Schmiede und 32,- für Dreher nicht mehr zeitgemäß, wo auf den anderen Werken 40 bis 50,- gezahlts werden. Aber die Herren wissen sich zu trösten. Versiegte sich doch einer in der Versammlung zu den Kälfstreichen Neuerung: „Der Betriebsführer wollte die hohen Löhne nicht in den Bildern haben.“ Wer lacht da? Wenn bei der Betriebsleitung nichts mehr zu erreichen ist, so müßte an die Direktion herangetragen werden. Doch was verlangen wir da? Geht es doch nicht aus an, daß einmal mit der Direktion in „bester Harmonie“ zu leben und daß anderermal Forderungen zu stellen und energisch durchzudrücken. Kennte man doch im vorigen Jahre sehen, wie sie auf ihrem Verbandsfeste die Leitern Direktoren in ihrer Mitte hatten. Selbstverständlich wird es abgestritten, daß sie eingeladen waren, aber das zu glauben können sie sich andere aussuchen. Ja, ja, wenn die Herren Gewerksvereiner ihre Arbeitertreppen so vertröten wie die alten Schützen-, Krieger- und Turntvereins, dann wäre es um eine ganze Anzahl Kollegen, deren Löhne verbessert werden müssen, bestens und besser gestellt. Ein Glück ist es, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband auch hier am Orte ist und 1902 den 10prozentigen Lohnabzug mit einem längeren Streik abwehrte, denn seitdem ist es Organisationssiel gewest werden. Vordem merkte man vom Gewerksverein hier nichts. In uns liegt es, nun unermüdlich für die Ausbreitung unseres Verbandes zu sorgen. Wirken wir aufwändig unter den Mitgliedern, besonders in den jetzt kommenden Feiermonaten, die gerade die beste Zeit sind zum Agitieren. Für den von uns muß die Lösung gelten: Wir wollen vorwärts, vorwärts, vorwärts!

Wiesbaden. Die Arbeiter der Firma Rossel, Schwan & Co. stehen nun seit sechs Wochen im Streik. Ursache des Kampfes der Wörterbuch der Firma. Am Juni dieses Jahres reichten die Arbeiter durch die Organisation ihre Forderungen auf Lohn erhöhung und Arbeitszeitverkürzung ein. Bis dahin bestand die 9½ stündige Arbeitszeit. Verlangt wurde eine Verkürzung auf 9 Stunden. Durch Verhandlungen wurde dann erreicht, daß die Arbeitszeit täglich eine halbe Stunde verkürzt wurde unter Wechsel der viertelstündigen Vesperpause. Zu gleicher Zeit sollte eine Lohn erhöhung entsprechend der verkürzten Arbeitszeit und einer im Winter 1911 willigen Erneuerungszulage von 1,50 bis 2 M. stattfinden. Diese Vereinbarungen wurden schriftlich niedergelegt und sollten anderthalb Jahre der Verbandsleitung zugestellt werden. Diese Zustellung erlangte jedoch nicht. Der Grund wurde nur zu bald klar, denn am 1. Juli legten sieben am Lohn 20 bis 75 M. bei den einzelnen Kollektiven. Eine Klemmation wurde abgewiesen. Daraufhin kündigten alle Firma Beschäftigte. Im Laufe der Kündigungszeit wurde dann in der Firma eine Lohnliste aufgestellt, die die Arbeiter anerkennen sollten. In dieser Liste waren zum großen Teil die Differenzen berücksichtigt. Es wurde jedoch dabei mitgeteilt, daß fünf Männer der Kollektivschaft aufhören müßten, zum Teil wegen angeblichem Platzangel, zum Teil wegen zu hoher Löhne, und zum andern Teil, daß der Firmeneinhaber sich durch eine Bemerkung während der Verhandlungen beleidigt fühlte. Nun erfolgte die Arbeitsniederlegung. In der letzten Lohnzählung machte die Firma dann Abzug von 0 bis 3,40 M., weil sie infolge der Kündigung ihrer Meinung berechtigt sei, die verkürzte Arbeitszeit in entgegengesetzter Weise beim Lohn in Rechnung zu bringen. Außerdem waren sämtliche Zulagen, die bis dahin bereits dreimal zur Auszahlung gekommen waren, abgezogen worden. Eine Klage am Gewerbegericht Wiesbaden a. Rb. belehrte die Firma jedoch, daß ein derartiges Verfahren ungültig sei, und sie mußte die Abzüge wieder auszahlen. Ein Ermittlungstermin wurde von der Firma abgelehnt. Die Firma zahlt die Apparate für die Rentenquellen, sowie auch Apparate die Heilanstalten verschiedener Krankenkassen. Da die Firma als Mitglied des Arbeitgeberverbandes es ablehnt, mit der Organisation verhandeln, so kann sich der Streik immer noch längere Zeit hinziehen. Arbeitswillige sind bis jetzt keine zu verzeichnen.

ethältnisse zu seinem vermeintlichen Rechte kommen werde. Sie überlebt dabei nur in ihrem Eiser, daß das dem Gemeindearbeiterverband vertraute Organisationsprinzip sich durchaus nicht mit dem vom Fabrikarbeiterverband neuordnungs vertretenen Begriff der Betriebsorganisation deckt, sondern noch ganz etwas anderes verlangt. Während der Fabrikarbeiterverband alle im Betriebe gewisser Industrien beschäftigten Arbeiter einschließlich der Betriebsfreien beansprucht, will der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband alle in Gemeinde- und Staatsbetriebe beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf Betriebs, usw. annehmen, Betrufes oder Geschäftigungssachen organisierten. Wenn die Altenge eßschößt rupp neben Ihren Gütern-, Wald-, Eisenbahnmaterial-, Waffen- und Maschinenfabriken auch eigene Bergwerke, Steinbrüche, Schiffsredereien, Eisenbahnen, Ziegeleien, Tongruben, Buchdruckerei, Malerbetriebe, Tuchfabriebe, Leinwandfabriebe, Teer- und Ammonialfabriken vertrahlt, so wird es seinem Verbande bestimmen, alle diese Arbeiter der verschiedensten Gruppen und Berufen für sich allein beanspruchen zu wollen. Der Gemeindearbeiterverband allein vertritt das Prinzip, daß die Arbeiter aller Betriebsbetriebe von Reich, Staat und Gemeinde in einer einzigen Organisation zusammengefaßt werden müßten. Er vertritt also nicht den Standpunkt der Betriebsorganisation, sondern den einer Allgemeinenorganisation. Dieser Standpunkt fände ein Analog, wenn man für alle in Gemeinschaftsbetrieben beschäftigten Angestellten und Arbeiter die gleiche Organisation fordern würde, und es wäre mit noch ein weiterer konsequenter Ertücht auf diesem Wege, wenn angesichts der Kapitalistischen Zusammenhänge unserer modernen Industrien Entwicklung die Arbeiter aller derenigen Unternehmungen in Bergbau, Industrie, Handel und Verkehr, Landwirtschaft usw., die von den gleichen Bankgruppen finanziert und geleitet werden, auch der gleichen Organisation zugeführt würden. Das wäre die Konsequenz der Regierungseinheiten. Für unsere Gewerkschaftsbewegung würde das aber schwerlich einen Fortschritt bedeuten, sondern nur zu einer ganz hellen Desorganisation führen. Und damit hat es hoffentlich noch lange keine guten Wege! —

Wir ersuchen uns noch dazu zu bemerken, daß die Besitzvorster der Betriebsorganisationen oder wie man sie sonst nennen mag, sich bisher darüber ausgeschieden haben, wie sie sich die allgemeine und schriftliche des von ihnen vertretenen Prinzips denn eigentlich denken. Sollen die Arbeiter in den Hütten und den Walzwerken leicht einen Schwerpunkt industriearbeiter. Verband gründen, oder die Arbeiter in den Maschinenfabriken einen aschinenfabrikarbeiter. Verband? Wie soll es nun ferner mit der immerhin noch recht stattlichen Anzahl von Arbeitern in den kleineren Betrieben werden? Sollen diese sich vielleicht einem „Verband aller in den Klein- und Mittelbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeitern“ Dentschland's zusammen? Es wäre sehr interessant, etwas genaueres darüber zu erfahren. Wenn eine Gewerkschaftsform sich als veraltet erweist, so wäre es ein Fehler, noch an festzuhalten. Nur muß zuvor der Nachweis gefestigt werden, ob die neue Form, die man an ihre Stelle setzen will, auch besser und diesen Nachweis vermissen wir bis jetzt.

Maschinisten und Heizer. Die Maschinisten und Heizer sämmer Betriebe von Neudamm haben den Unternehmern fordern unterbreitet. Sie fordern 10 bis 15 Prozent Lohnhöhung, Zahlung der Überstunden und der Unstundensumme. Die Maschinisten haben bisher Löhne von 16 bis 21 M. die Woche zu verzeichnen. Ihnen „horrenden“ Lohn verdienten sie bei einer täglich 18- bis 21stündigen Arbeitszeit. Zugang von Maschinisten und Heizern nach Neudamm ist strengstens fernzu-

Feliz Kuh, der Scharfmacher „philosoph“ der sogenannten deutschen Arbeitgeber-Zeitung, plaudert in der Nr. 35 dieses Organs über die gegenwärtige Teuerung. Diese kann er nicht abstreiten, er ist tröstet sich selbst damit, daß es früher schon schlimmere Teuerungsjahre gegeben hat. Diese seien oft so schlimm gewesen, Menschenstiere nichts selteres war. So etwas läme heute nicht vor, dafür habe die von politischen Agitatoren so hart egriffene kapitalistische Organisation der Volkswirtschaft gesorgt. Wollen uns mit Feliz Kuh nicht über den Wert der kapitalistischen Organisation der Volkswirtschaft herumstreiten. Aber das weiß er doch wissen, daß vor Hunderten von Jahren die Menschen sehr hungrig verhungerten, weil ihnen die Naturelemente, Krankheiten, Regen etc. die Früchte der menschlichen Arbeit zerstört hatten. Wenn man Waren und Produkte mangelt, hungern die Menschen. Die kapitalistische Organisation der Volkswirtschaft hat es hingegen mit sich gebracht, daß heute oft Millionen Menschen direkt durch Arbeitslosigkeit zum Hungern gezwungen werden, wenn wieder im Webefluß von Waren wimmeln. Hinzu tritt dann noch die agrarisch-großkapitalistische, hochsindig und linientische Volkswirtschaft, die für Absicherungsmaßregeln sorgt, damit nur den Hungernden die Lebensmittel nicht wohlseil geliefert werden. Es ist auch ein kapitalistischer Fortschritt gegen früher, den Feliz vergibt, herdorzuheben. Aber er müßte nicht ein Philosoph sein, wenn er nicht auch zu der Tenerung von heute selbst etwas anderes zu sagen hätte. Und da versteigt er sich zu dem pyramidenartigen Sak:

„Was wir unter Zeuerung verstehen, ist in den allermeisten
en eine wohltätige Krije, die bereits den Beginn natürlicher und
neuer Zustände bezeichnet.“

Wir halten Heiz Stuh nicht für einen Philosophen, für den er hingibt, höchstens für einen solchen, der mit seinen „Lebräuden“ am günstigsten abschneidet, wenn er aufhört, von zeulen gen zu schreiben. Daß die Tauerung, die seit Fahrer eine ist, „eine wohltätige Krije ist, die den Beginn natürlicher normaler Zustände in sich birgt“, das entdeckt zu haben, ist nicht so feier Kühle Selbstverständlichkeit.

soi. Felix Kuh's Selbstzeugnis. Wir hören schon seit Jahren der „vorübergehenden Zeutung“, mit spürten wir wenig oder nichts von einer Verbesserung der Lebenshaltung. Und diese

erung wird weiter das Volk drücken, auch wenn das Fleisch um über 15 % billiger zu haben sein wird. Wir sind durch eine Reihe von politischen Fächen aus den unnatürlichen und abnormalen Zuständen in der Frage der Lebensmittel nicht herausgekommen und das wird solange bestehen, bis managt, die heutige von Ruh gepriesene Wirtschaftspolitik zu bergen. Eine wohltätige Kritik, die hart empfundene Zeuerung! sieht, für welchen blühenden Unsinne kapitalistische Goldjüteüber hortenden Spesen einstreichen. Für gutes Geld hat Felix Ruh noch etwas dem Schatzmacherpapier anvertraut. Er schreibt: Schweinefleisch, Rindfleisch, vermehrter oder verminderter Aufzuchten den Schlachthöfen, es wird ein Aussehen darum gemacht, wenn es sich um eine Lebensfrage der deutschen Nation handelt! Längere Zeitungsartikel, große Veröffentlichungen, Protestkund- maren. Erwähnt am 27. Februar 1923.

ungen, Deutschland am Rande des Abgrundes, wenn nicht
nur für niedrige Fleischpreise gesorgt wird! Also wird der
wirkt gegen, glückliches Deutschland, das seine größeren Sorgen
als diejenigen um den guten und reichlichen Braten, und
nebenher den erhöhten Preis zwar knurrend und murkend, aber
immer mit leichter Hand zu bezahlen vermag! Wehe unserm
Lande, so legt der Pessimist, das in materialistischer Geistes-
art besungen, der Wapenfrage ein so ungeborenes Gemüth beha-

daß vor diesem heimliche alle übrigen Interessen zurücktreten. man ein Volk für glücklicher halten, wenn es in ruhiger, sennbar Arbeit nur darum bedacht sein kann, sich einen möglichst eben, ehrlichen und reichen Lebensgenuss zu verschaffen, oder jene Seiten höher zu preisen, in denen Staat und Volk um die ten Ziele, um ihre Macht, ihre Freiheit, ihr Dasein ringen?" Und was stellt Hub über die Bewegung gegen die Leutierung, nicht nur Arbeiter, sondern auch weitere Kreise des Bürgertums, e Kommunen, selbst Industrieorgane ergriffen hat? Was als die ten Ziele des deutschen Volles, die alle Rot vergessen mögen Nun, seht einfach, die würdige Heier des — Sedan-

mit so kühlichen Entgegnungen kommen, daß vorläufig noch keine erheblichen Unterstützungen gewährt werden könnten, dies sei doch ganz selbstverständlich, denn aus einem „Nichts“ kann eben nur ein „Nichts“ entstehen, dies sei eine alte Sinnschöpfung.“

Auf derselben Tagung wurde eine Entschließung gefaßt, in der der Mecklenburgische Gauverband sich grundsätzlich damit einverstanden erklärt, daß für Mecklenburg ein besonderes Bundesorgan geschaffen wird, weil man mit der Deutschen Kreis in Mecklenburg nicht zufrieden ist.

Die Hauptstelle.

Besser, als es hier geschehen ist, könnten auch wir die ganze Ungegenständlichkeit des Reichsverbands- und der „nationalen“ Arbeiterbewegung nicht kennzeichnen. Erst lohnt man die Arbeiter mit den glänzendsten Versprechungen; man stellt ihnen wunderbare Unterstützungen in Aussicht für einen lächerlich geringen Beitrag, und wenn die mit mehr oder minder „sanfter Überredung“ zum Abschluß an diese Ausarbeiterbewegung veranlaßten Arbeiter nun auch einmal etwas dafür haben wollen, daß sie im Grunde genommen ihr Koalitionsrecht verkaufen, dann gelten sie ihrer Hauptleitung als Parasiten und Blutsauger. Das haben wir schon lange so kommen sehen, aber doch nicht gedacht, daß der Kraxenjammer schon so sticheln werde. Was ferner die Behauptung anlangt, daß die Gewerkschaftsmitglieder „noch nicht einmal ein Viertel ihrer eingezahlten Beiträge an Unterstützungen u. s. w. wieder herauslämmen“, so ist das ja ein Schwindel, der durch die Abrechnungen jeder beliebigen Gewerkschaft widerlegt wird. Gewiß haben wir ja viele Mitglieder, die jahraus, jahrein ihre Beiträge zahlen, ohne jemals einen Pfennig Unterstützung zu verlangen. Sie bringen dieses Opfer aber gerne, weil sie wissen, daß sie damit einer guten und gerechten Sache nützen. Wenn aber, wie bei den Gelben und bei den „Nationalen“, an den allgemeinwirtschaftlichen Epikurismus appelliert wird, so darf man sich nicht wundern, wenn die „Mitglieder“ dadurch schließlich korrumptiert werden.

Der Militärarbeiter-Verband in Acht und Bann.

Der sogenannte Deutsche Militärarbeiter-Verband ist auch eine von den Organisationen, die den Weg zur Arbeiterbewegung noch nicht gefunden haben. Und doch muß auch dieser es erahnen, wie es einem geben kann, wenn man es willt, einmal eine Lippe zu risieren. Das beweist folgende Befragung vom Sachsen-Kriegsmann:

„Die Entwicklung, welche der Deutsche Militärarbeiter-Verband in den letzten drei Jahren genommen hat, besonders der Ton des Verbandsorgans und die Art und Weise, in der jentens des Vorsitzenden des Zentralverbandes bei seinen zahlreichen Agitationen und Werbereisen die Lohn-, Arbeits- und Versorgungsverhältnisse der Militärarbeiter und die Tätsigkeit der Arbeiterenschaft kritisiert werden, kann nur dazu führen, daß Verhältnisse zwischen der Arbeiterchaft und den Behörden zu föhren.“

Nachdem der Verlauf der letzten Generalversammlung des Militärarbeiter-Verbandes in Spandau gezeigt hat, daß die Ortsverwaltungen, auf deren befürchtete Einsicht gerechnet werden konnten, der Agitation und Werbung des Generalverbandes und den maßlosen Übertriebungen des Verbandspreises in keiner Weise entgegengestellt haben, hat sich das Königlich Preußische Kriegsministerium gesetzungen gesehen, die Militärarbeiter vor einer Belästigung, wie sie der Deutsche Militärarbeiter-Verband zeigt, eindringlich zu warnen, und sie darauf aufmerksam zu machen, daß das jegliche Verhalten dieses Verbandes den Freuden zwischen den zuständigen Behörden und der Arbeiterchaft föhrt.

Arbeiter, die durch Wort, Schrift oder Tat dieses Verhalten des Verbandes unterstützen, befinden sich freiheitlich in dem Sinne der Arbeitsordnung und haben mit den Folgen selbst zu rechnen.

Dieer Auflösung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums hat sich das Königlich Sachsische Kriegsministerium in vollster Umfang angegeschlossen.

So deutlich dieser Erfolg auch den realistischen Geist zeigt, der in den verschiedenen Kriegsministerien herrschte, hat er doch vielleicht etwas gutes zur Folge, indem er manchen Militärarbeiter veranlassen kann, darüber nachzudenken, wie wenig Wert jöliche Sonder-Betriebsorganisationen“ haben, denen bei einem durch nur halbwegs energischen Vorhaben jeder Rückhalt fehlt.

Vom Ausland.

Großbritannien.

Ein Streit der Lehrlinge. In den letzten achtzehn Monaten sind die verschiedensten Menschenfazetten von einer Art Streitfeuer überfallen worden, das sich sogar auf die Schuljugend erstreckt. In einer ganzen Reihe von Städten gab es Streit der Schüler. Ganz Schulen wurden in Mitleidenschaft gezogen, und nun haben wir auch Streit der Lehrlinge zu verzeichnen. In Schottland traten vor einigen Wochen ein paar hundert Lehrlinge im Maschinenbau in den Streit. Die Ursache gab das Zukünftigen des Arbeiterverhüttungsgeges. Die Lehrlinge prahlten mit gegen die ihnen von den Unternehmern dom. Schule abgezeigten Verhüttungsbeiträgen. Nachdem die Arbeitsniedrigung einmal erfolgt war, formulierte man eine Forderung. Man verlangte einen Gehalt, der die Wiederholung der Preise, d. h. durch den obligatorischen Verhüttungsbeitrag, der im Betriebserwerb 6½ Pence (4 Pence Kronen, 2½ Pence Arbeitslosenunterstützung) voraussetzt, verträgt. Ein jährlicher Lohnausfall paßt nicht. Die Streitbewegung breite sich schnell aus und innerhalb einer Woche befanden sich ein paar tausend Lehrlinge im Streit. Leider kam es zu seinem einheitlichen Vorgehen bei dieser Bewegung. In einer Reihe von Fällen verlangten sie der Lohnherabsetzung, sie wehrten sich einfach gegen das Verhüttungsgeges, kreierten also in Wirklichkeit gegen die Regierung. So verlor die ganze Bewegung im Sande. In einigen Fällen wurde die geforderte Lohnherabsetzung gewonnen, in den meisten Fällen wurde nichts erreicht. Sie in Betrieb kommenden Gewerkschaften — die Maschinenarbeiter und die Feinmechaniker — hatten mit dem ganzen Tempel zusätzl. zu tun. Die Verhüttungsfrage ist jetzt dem Zukunftstreten des Verhüttungsgeges, besonders in der Metallindustrie, etwas in den Hintergrund gerückt. Der Verband der Metallarbeiter hat sich dagegensetzen, die Lehrlinge im Bereich zu organisieren, was in den Unternehmungen große Unzufriedenheit hervorgerufen hat. In der guten alten Zeit gab es eine Art Regelung der Verhüttungsfrage. Die Lehrlinge bezogen — und beträgt heute noch — 5 Pence. Aber früher stand das sogenannte System der Industrie, das heißt jeder Lehrling hatte seinen Meister eine Prämie zu geben, die aber von einem Jahr zum anderen von Jahr zu Jahr zunahm. Dieses System ist in den großen Fabriken von Nordwesten und den Maschinenfabriken im Norden von England gleichzeitig bestanden, in kleineren Fabrikengemeinschaften ist es über hundert Jahre zurückgegangen. Sehnsüchte im Norden sind mit den Verhüttungsgeges jedoch von den Arbeitern die auch von den Unternehmungen großer Übung getrieben. Langzeit der Arbeitern, die bereits im Dienstalter sind, in Häusern mit Frauen und Kindern sind als Apprentices (Lehrlinge) beschäftigt und können nie mehr als einen Monat lang den 21. Schilling verdienen. Was ist die Ursache dieses grotesken Zustandes? Die Gewerkschaften nehmen nur qualifizierte Arbeiter als Mitglieder auf, das heißt solche, die die volle Lehrlinge verfügen und der Brüderungspraktik gefügt haben. Junge Leute, die nicht qualifiziert verfügen und ihre Lehrstellen verloren, bevor die Lehrlinge aus ist, können nie qualifizierte Arbeiter werden. Es ist mir geradezu selbstverständlich, wie es kommt, daß in viele junge Leute in diese ungünstige Lage geraten. Großartig unbedeutend erscheint es aber, daß die Gewerkschaften bis jetzt kein Mittel gefunden haben zur Bekämpfung dieses unmenschlichen Zustandes. In der Vergangenheit und die Lehrlinge von den Unternehmungen ist sonst immer gegen die Gewerkschaften gekämpft, mehr als einmal ist es passiert, daß ältere gute Eisenbahnarbeiter leichten, was um so leichter

war, als die „Lehrlinge“ die qualifizierten Arbeiter als ihre Hauptfeinde betrachteten. —

Laut den Monatsberichten der verschiedenen Metallgewerkschaften befinden wir uns noch immer in einer Periode der Prosperität. Die Gewerkschaft der Lampenfabriken hat kaum 1 Prozent arbeitsloser Mitglieder und es könnten noch weniger sein — wie der Sekretär sich im Julioumal ausdrückt — wenn die Arbeiter besser Umschau halten würden. Auch in den anderen Berufen ist ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen. Von den 390 Gewerkschaften mit 863 546 Mitgliedern im vereinigten Königreich, die Arbeitslosenunterstützung zahlen und insgesamt auch Auslastung über Arbeitslosigkeit geben können, waren Ende Juli 22 222 arbeitslos, das sind 2,6 Prozent gegen 2,5 Prozent Ende Juni und 2,9 Prozent Ende Juli 1911.

Die Augustnummer des Monatsjournals der Fessel schmiede enthält folgendes über den momentanen flotten Geschäftsgang in der Schiffbauindustrie:

„Die letzten statistischen Bekanntmachungen von Sloobs Registrationsbüro sind außerordentlich interessant. Sie zeigen, daß sich das Tonnenvermögen der am 30. Juni dieses Jahres im Bau befindlichen HandelsSchiffe im vereinigten Königreich auf 1 774 040 belief, das sind 298 000 Tonnen mehr als 1911 und ist das größte Tonnenvermögen, das jemals erreicht wurde. Von den sich im Bau befindenden Schiffen sind 1 029 257 Tonnen für andere Länder bestimmt, davon allein 388 000 Tonnen für Deutschland. In dieser Aussstellung fehlen aber noch solche Schiffe mit einem Gewicht von weniger als 100 Tonnen. Wie steht es nun mit der ausländischen Konkurrenz? Obige Zahlen sind solide Tatsachen und Zahlen sind wahrscheinlich höchstliche Dinge“. Hier haben wir den besten Beweis dafür, daß unsere Unternehmer immer noch auf dem ausländischen Markt die Konkurrenz aushalten können, und unsere Mitglieder, die den größten Anteil am Bau der Schiffe haben, leisten eine Quantität von Arbeit, die sofort Profit sichert und eine Qualität, durch die nicht nur die alten Kunden erhalten, sondern neue herangezogen werden. Auch im Bau der Kriegsschiffe schlagen wir einen Rekord. Die sich im Konstruktion befindenden Schiffe haben einen Tonnengehalt von 503 000. Aber alles dieses gibt uns kein genaues Bild von der wirtschaftlichen Prosperität, in der wir uns befinden, denn wir haben glaubwürdige Mitteilungen von verschiedenen Werften, die zeigen, daß Aufträge abgewiesen werden müssen, weil der Bau nicht in zwei oder drei Jahren garantiert werden konnte. Wie kommt es, daß die Regierung nicht einige der Schiffe, die sich jetzt im Bau befinden, 1908 oder 1909 in Bau gab, als Unternehmer Banken machten und Arbeiter ins Armenhaus wandern müssten? Besser wäre es allerdings, wenn die Werften, wo jetzt Kriegsschiffe gebaut werden, zum Bau von HandelsSchiffen benutzt würden. Letztere überbringen uns die Reichtümer des Erdbeckes. Aber nein, wir als ein christliches Land geben unsere Werften her zum Bau von schrecklichen Waffensinstrumenten, benennen sie mit den besten Söhnen des Volkes und zur Befriedigung der Eitelkeit der Könige und für den Ehrengang der Staatsmänner lassen wir sie damit hinaus, damit sie sich gegenzeitig töten. Aber die Zeit ruft heran, wo die Völker ihre Sönderer zu Flügelscharen und ihre Sporen zu Sicheln und Gartenzweigen verwenden werden.“

Ein Jahr ist ins Land gegangen, seitdem Großbritannien einen Generalstreik der Eisenbahnler, der durch die Plötzlichkeit seines Ausbruchs das gesamte Volk in Angst und Schrecken versetzte, zu übersehen hatte. Der Streik war von kurzer Dauer. Nach kaum 24 Stunden wurde er von den vereinigten Hauptbahnen der vier bedeutendsten Eisenbahngesellschaften als beendet erklärt, nachdem die Regierung die Einsetzung einer königlichen Kommission versprochen hatte zur Untersuchung des 1907 geschaffenen Schätzungswechsels und zu Vorschlägen zur Verbesserung dieses Systems. In den Kreisen der organisierten Arbeiterklasse des In- und Auslands erregte das Vorgehen der Hauptbahnen großes Aufsehen. Allseitig erklangen Proteste, man sprach von Verrat an der Sache der Arbeiter. Dieses zwecklose Geschwätz wiederholte sich, als die Kommission ihren Bericht veröffentlichte. Der Genoss Arthur Enderson von der Arbeiterpartei, der zum Mitglied dieser Kommission ernannt worden war, wurde sogar in der deutschen Presse beschimpft, weil er den Bericht der Kommission unterschreibt hatte. Jetzt, wo der Streik ein Jahr hinter uns liegt und die reorganisierten Schätzungskomitees ihre ersten Arbeiten erledigt haben, ist man in der Lage, sich über die Erfolge der Streitbewegung ein wahres Bild zu machen. Die erste Eisenbahngesellschaft, wo es zu Vereinbarungen kam, war die London-Nordwest. In den Signalstellen wurde die zwölfstündige Arbeitszeit beendet und die zehnstündige eingeführt. In einer Reihe von gefährlichen und aufregenden Stellen wurde dem Achtfunderttag Punkt gegeben. Auch die Löhne sind angehoben worden. Auch haben Arbeiter der anderen Gruppe bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten. Bei den meisten anderen Gesellschaften sind die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht worden. Im ganzen belaufen sich die Lohnverhältnisse auf 1 500 000 Pfund Sterling im Jahr. Die neuen Bedingungen sind vor einigen Wochen in Kraft getreten und gelten bis 1915. In einer kurzen Aufzählung der Erfolge der Eisenbahner macht der Lebemann Lester, das Organ der unabängigen Arbeiterpartei, folgende Schlußbemerkung: „Natürlich die Löhne der Eisenbahner noch immer standhaft niedrig sind, muß doch festgestellt werden, daß durch das im vorjährigen Jahre reformierte Schätzungswechsels bestreitbare Verhandlungen wurden, als man allgemein erwartete.“

Eine tätige Arbeiterpartei für Großbritannien. Daß die politische Arbeiterbewegung jetzt Fuß gesetzt hat, erscheint mir in der Tat so, daß wir in einigen Wochen zwei Tageblätter haben werden. Noch vor einem Jahre gehörte die Gründung einer tätigen erziehenden Arbeiterzeitung zu den Dingen, die praktisch unbedingt erwartet erschienen. Nun haben wir über bereits seit einigen Monaten eine tägliche Zeitung, und zwar den Daily Herald. Die Eröffnungsrede dieser Zeitung hat etwas originales für sich. Zur Zeit des Streiks der Südwirddereiter gab der Verband der Londoner Schuhmacher ein kleines täglich erscheinendes Blättchen heraus. Als der Streik seinem Ende entgegenging, sorgte der energische Sekretär des Verbandes, George Rahlor, den Plan, aus dem kleinen Dienstlergesellschaften eine tieflich erziehende Arbeiterzeitung zu machen. Interessant endete was dieser Plan als eine Illusion, was aber den Genossen Rahlor nicht kümmerte, so daß er im April dieses Jahres den Daily Herald erneut ließ. Anfangs nahm das Blatt allerdings eine recht unverantwortliche Stellung ein, wodurch es in grösster Weise zum Verfeindiger der Männer gegen die „Führer“ und direkt antikommunistisch-faschistische Ideen. Jedoch ist hier eine wertvolle Tendenz zum Besinn eingetreten. Eine tätige freche und modeste Arbeiterzeitung wird mit dem 8. Oktober erscheinen, und zwar als offizielles Organ der Arbeiterpartei. Diese hat vor etwa 18 Monaten eine Gesellschaft mit beschränktem Besitztum gegründet, die Arbeitervereine im Wert von 150 000 Pfund Sterling (1 Pfund Sterling = 10.10.) vertritt. Diese Gesellschaften haben sowohl die Gewerkschaften als auch Gewerkschaften gegründet und in diesen werden wir es endlich erleben, daß auch in England eine große Arbeiterzeitung das Licht der Welt erhält. B. W.

Literarisches.

Eine eingehende Rüdigung Haus Thomas enthält die seelenreichen Hans Thoma-Romaner der von Georg Ritter herzoggegebenen literarischen Zeitung Die See. Diese Romaner gibt weiter Bild, Geschichte und Zeichnungen des Künstlers und interessante Zusammenfassungen von Hans Thoma als Dichter und Schriftsteller. Gleich ist hierfür eine Peter Rosenthal-Romaner wie eine ähnliche Schriftsteller-Romaner der See erschienen. Damit kann man bringt die See herzergreifende Persönlichkeit in die Freiheit des Lebens, beschreibt auch in solche, die sich nicht nur über diese Personen nur wenig interessieren. Wie reichhaltig ist und wie glücklich sie dem Lesersinn entspricht, zeigt eine lange Jubiläumsübersicht der letzten Romane. Seit 33 enthalt neben der Fortführung der alten Erzählung Lüge von Gustav Sanson, die den gegenwärtigen Krieg zwischen Italien und der Türkei belebten Männer für und wider den Krieg, eine Betrachtung Karl Endells über soziale Kunst, Aphorismen von Gottfried Holz, ein Gedicht von Michael de Hennezel, Söhnen vom Hochsiedeben, dem türkischen Gulenspiegel und einen seelenden Zollus von Fritz Müller, „Was ich bei toten Dingen“ wird Malinen und andere leidose Dinge poetisch gesehnt werden. Ebenso unterhaltsam und doch zu weiten Ausblicken führend ist Heft 34. In diesem schildert Alfons Paquet seine kindliche beim Besuch des nunmehr japanischen Port Arthur. Wilhelm Schmidbönn tritt für das neue Drama Gerhart Hauptmanns ein, Karl Endell schreibt über die italienische Dichterin Ada Negri, diese selber ist mit mehreren Gedichten vertreten. Heft 35 bringt Proben von dem Bauerndichter Alfred Hugenberg, Gedichte von Gustav Falcke, Martin Greif, Julius Löhrer, einen Zollus „Deutsche Männer“ von Robert Heine, Bildern von Till Eulenspiegel u. a. Die Begleiter der einzelnen Nummern enthalten über die neuesten Bücher, besonders über östliche Buchsammlungen, über Volksbildung und über die verschiedenen der See angelegten Organisationen. Wir können jedem, der die See noch nicht kennt, nur empfehlen, sich vom Verlag in Stuttgart, Ludwigstraße 26, kostengünstig einzusehen. Der Bezugspreis der See beträgt einschließlich zweier Jahresbände 6 M. pro Buchhandlung, jede Broschur kostet mindestens 10 Exemplare 55 M.

Gustav Sanson, die den gegenwärtigen Krieg zwischen Italien und der Türkei belebten Männer für und wider den Krieg, eine Betrachtung Karl Endells über soziale Kunst, Aphorismen von Gottfried Holz, ein Gedicht von Michael de Hennezel, Söhnen vom Hochsiedeben, dem türkischen Gulenspiegel und einen seelenden Zollus von Fritz Müller, „Was ich bei toten Dingen“ wird Malinen und andere leidose Dinge poetisch gesehnt werden. Ebenso unterhaltsam und doch zu weiten Ausblicken führend ist Heft 34. In diesem schildert Alfons Paquet seine kindliche beim Besuch des nunmehr japanischen Port Arthur. Wilhelm Schmidbönn tritt für das neue Drama Gerhart Hauptmanns ein, Karl Endell schreibt über die italienische Dichterin Ada Negri, diese selber ist mit mehreren Gedichten vertreten. Heft 35 bringt Proben von dem Bauerndichter Alfred Hugenberg, Gedichte von Gustav Falcke, Martin Greif, Julius Löhrer, einen Zollus „Deutsche Männer“ von Robert Heine, Bildern von Till Eulenspiegel u. a. Die Begleiter der einzelnen Nummern enthalten über die neuesten Bücher, besonders über östliche Buchsammlungen, über Volksbildung und über die verschiedenen der See angelegten Organisationen. Wir können jedem, der die See noch nicht kennt, nur empfehlen, sich vom Verlag in Stuttgart, Ludwigstraße 26, kostengünstig einzusehen. Der Bezugspreis der See beträgt einschließlich zweier Jahresbände 6 M. pro Buchhandlung, jede Broschur kostet mindestens 10 Exemplare 55 M.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Gesammlungen.

In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgerufen.

Samstag, 14. September:

Hall, Schwab. Bierfester, 8 Uhr.

Zimmerau. Deutsches Haus, halb 9.

Sonntag, 15. September:

Graefenthal i. Thür. Schöne Aussicht, Karl Günzlein, 2 Uhr.

Montag, 16. September:

Rennbahn (Döpf). Grüner Baum, 8.

Dienstag, 17. September:

Gotha. Alte. Gewerbe, Poststr. 1/9.

Mannheim. Gewerbehofhaus, 1/9.

Donnerstag, 19. September:

Blankenburg a. S. Vormärz, 1/9.

Harburg-Altona-Harburg, 1/9.

Dresden. (Telekomteile.) Sonnabend,

28. September, abends 9 Uhr, im

Volkshaus.

Dresden. (Vertrauensmänner der

Heizungsmont.) Sonntag, 29. Sept.

vorm. halb 10 Uhr, im Volkshaus.

Görlitz. (Empfänger u. Installeure.) Umshauen streng verboten.

Görlitz a. S. (Felsenhauer.) Der

Arbeitsnachweis befindet sich

1912/13 im Bureau. Umshauen verboten.

Görlitz-Görlitz. Unter Bureau befindet sich vom 24. September an

Mittwoch. Unter Büro

Friedrich. Unter Kaiser Julius

Wadephul wohnt Weinbergstr. 24

(Keller). Sprechzeit: 7 bis 8 Uhr abends, Sonntags 11 bis 12 Uhr vormittags.

Suhl. St. Blasien u. Wehlitz.

(Felsenhauer.) Umshauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Suhl, zur Domberganstalt, Gothaerstr. 47. Dasselbe wird das Felsenhauerschein ausbezahlt.

Itzau. (former.) Umshauen in